



Die AK App mit dem Lexikon des Arbeitsrechts, mit Bankenrechner, Brutto-Netto-Rechner, Zeitspeicher, Urlaubsplaner, AK-Cartoons und mehr. Kostenlos erhältlich im App Store und Google play.





Inhalt

AUS MEINER SICHT	FR/
WAHLK(R)AMPF4	Autor anlag
WAHL 2017	ME
Eine konsequente Sicherheitspolitik 6 Kein Sparstift im Sicherheitsbereich 7 Auf den Kern gebracht	Auf N Polize Neue die Po Wien Fahrra Polize
Gefährdungseinschätzungstools SALFAG	feiert Platz G Öster Rentr Verstä Geld G Verdri G20 G Traue BM H FSG-
POLIZEI	VO
GEWERKSCHAFT	Wir b
Rechtsschutzbericht der GÖD	SP(Staats Straße
JUSTIZWACHE	Polizis im Re
Sommer in den Justizanstalten 20 Anträge der FSG im Zentralausschuss der Justizwache	Meidl SEF

FRAUEN

Automatische ArbeitnehmerInnenveranlagung - die Änderungen 2017 .. 24

MELDUNGEN

Auf Nummer sicher gehen	26
Polizei International	28
Neue "Dienstführende" für	
die Polizei	29
Wien bekommt mehr	
Fahrradpolizisten	30
Polizeieinheit Cobra Süd	~ 4
feiert 15 Jahre	3 I
Platz vier: Österreichern geht es sehr gut	32
Rentnerperspektive	34
Verstärkung in Kärnten	35
Geld für Klimaanlage gesammelt	36
Verdrehtes Weltbild	37
G20 Gipfel in Hamburg	38
Trauer um Kollegen Muth	39
BM Hans Peter Doskozil Gastgeber o	der
FSG- Fraktionskonferenz	40

VORHANG

Λ/ir	hittan	vor	dan	Vorhang!	12
11 V V	bitten	VOI	uen	vomany:	 42

<u>SPORT</u>

52
52
53

SERVICE

	Daniel and a second second	-	л
П	Pensionsberechnung 5)۷	4



WAHL - 15. Oktober 2017



Polizeieinheit Cobra Süd feiert



Kräfte AGM am G20 Gipfel in Hamburg...... 38

Redaktionsschluss: 31. August 2017

IMPRESSUM Herausgeber Verein zur Förderung des Klub der Exekutive, 1010 Wien, Herrengasse 7 Redaktion und Anzeigenrepräsentanz Herbert Leisser, 1010 Wien, Herrengasse 7, Tel.: (01) 531-26/3737 Fotos DOKU-Gruppe der BPD Wien, Titelbild Andy Wenzel Gestaltung, Satz und Layout eon.at, 1090 Wien, Roßauer Lände 33/21, Tel.: (01) 319 62 20-0, Fax: DW - 8 Druck agensketterl Druckerei GmbH, 3001 Mauerbach. Die Meinung der Verfasser der Artikel muss nicht mit jener des Herausgebers übereinstimmen. Auszüge nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion gestattet. http://www.polizeigewerkschaft-fsg.at



Hermann Greylinger

Tel. 531-26/3772

WAHLK(R)AMPF

s ist Wahlk(r)ampfzeit. Der Großteil der Wahlberechtigten sind ArbeitnehmerInnen. Daher ist es wichtig, was die wahlwerbenden Parteien für uns im Angebot haben. Immer wieder weise ich darauf hin, dass die Politik gerade unsere Spielregeln (Dienstrecht, Besoldung, Pension) entscheidend gestaltet. Es ist daher nicht egal, wer gewählt wird. Es ist auch nicht egal, mit welchen Themen versucht wird. diese Wahl zu beeinflussen. Es wird der Nationalrat, nicht der Gemeinderat, der Landtag oder das EU-Parlament gewählt. Es sollte klar sein, dass "Basti" mit seiner "Seitenblickeliste" nicht die Mittelmeerroute wird schließen können. Es sollte auch klar sein, dass "Ha-Tse" mit seinen Kumpanen in Wien angebliche Versäumnisse der rot-grünen Koalition nicht beheben wird können.

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Es geht bei der Auseinandersetzung nicht um ein paar flotte Sager oder um personelle Behübschungen von Listen. Es geht um eine ehrliche Behandlung der Themen, die für die österreichische Bevölkerung von Bedeutung sind. Als Beispiel führe ich die sozial ausgewogene und gerechte Pensionserhöhung für 1.1.2018

an, die von SPÖ-Minister Alois Stöger (Gewerkschafter!) initiiert wurde. Selbst Kurz konnte da nicht nein sagen, obwohl er vorher nicht wirklich dafür war. Stünden keine Wahlen bevor, hätte es sicherlich keine Zustimmung gegeben.

Programme und Rückblicke

Beim Schreiben dieser Zeilen gibt es von der türkisen Bewegung noch kein Programm, ein solches soll es Ende September geben. Es bleibt daher abzuwarten, ob dieses Programm die Million Euro wert ist, die es vor der Präsentation schon eingespielt hat. Die mehr als 400.000 Euro, die es einem Industriellen schon vor Erscheinen wert ist, deuten an, in welche Richtung es weisen wird. Die geleistete Summe kann nur als klarer Handlungsauftrag zu verstehen sein, ich glaube nicht, dass wer allein für die Schönheit zahlt. Die türkise Bewegung wird als Nachfolgerin der Alt-ÖVP das bleiben, was letztere schon immer war: Die Vertretung der Industriellen. der Besitzer und der Vermögenden! Beispiel gefällig: Der Chef der Kärntner Wirtschaftskammer fordert, dass die ersten beiden Tage des Krankenstands vom Dienstnehmer selbst getragen werden sollten. So würden sich viele Krankenstandstage ganz von selbst erledigen. Hinsichtlich Entgeltfortzahlung bei Freizeitunfällen schlägt er verpflichtende private Unfallversicherungen vor. Daher: Keine Stimme für diese Bewegung, sie schadet uns ArbeitnehmerInnen! Übrigens: Von Kurz gibt es noch immer kein Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft, politische Insider sprechen davon, dass er die Sozialpartnerschaft zerschlagen will. Erinnerungen an die "Speed kills"-Politik von 2000 bis 2006 kehren mit Grausen zurück.

Von "Rechts" gibt es schon ein Programm. Schlagworte daraus: "Späterer Pensionsantritt, "Nulldefizit" (Grasser lässt grüßen!), "Fusion der Sozialversicherungsträger", "Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern". Gut auch der Plakatslogan "Österreicher verdienen Fairness". Zur Erinnerung: Die Zeche der höchst unsozialen Politik von ÖVP/FPÖ zahlen wir noch heute. Die Wohlhabenden wurden gefördert, auf Teufel komm raus privatisiert und öffentliches Gut verscherbelt (Austria Tabak und BUWOG). Noch heute beschäftigen sich Gerichte mit diesen dubiosen Vorgängen und für die Zukunft hat ein Leserbriefschreiber nur einen Wunsch: "Bei einer Regierungsbeteiligung der "F" sollte die rechtzeitige Aufstockung der Korruptionsstaatsanwaltschaft erfolgen". Den Österreicherinnen und Österreichern steht wahrlich Besseres zu, als ein Aufguss von Schwarz-Blau!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung beruhen darauf, dass wir mit der Sozialdemokratie nicht nur einen Ansprechpartner haben, wir haben mehr, wir haben einen Verbündeten für die Umsetzung eurer Interessen und Bedürfnisse. Einige Beispiele findet ihr in meinem Artikel "Es geht um eure Sicherheit" im Blattinneren. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung haben eine stolze Geschichte und sind für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet. Sie stehen für Sicherheit, Stabilität, Planbarkeit und Gerechtigkeit, das zählt im Leben. Ein Kanzlerwechsel ist daher unnötig! Ich ersuche euch daher, von eurem Stimmrecht Gebrauch zu machen und am 15. Oktober 2017 der SPÖ und unserem Bundeskanzler Christian Kern das Vertrauen zu schen-

Mit gewerkschaftlichen Grü-

House The

Hermann Greylinger, Vors.-Stv. der Polizeigewerkschaft

15. OKTOBER 2017



EINE KONSEQUENTE SICHERHEITSPOLITIK



Österreich ist ein sicheres Land. Damit das so bleibt. braucht die Polizei genug Personal und modernste Ausrüstung.

Ines vorweg: Absolute Sicherheit kann und wird es nirgendwo geben. Aber die Politik muss alles dafür tun, für größtmögliche Sicherheit in unserem Land zu sorgen. Einer der zentralen Punkte einer konsequenten Sicherheitspolitik ist die Stärkung der Polizeiarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung. Dazu gehört in erster Linie die Prävention, das frühzeitige Erkennen von Problemen. Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten hervorragende Arbeit. Damit sie die immer anspruchsvolleren Aufgaben weiterhin erfolgreich bewäl-

tigen können, braucht es Konzepte für einen effizienten und bedarfsorientierten Aufwuchs und Einsatz der Exekutive - also

abgestimmt auf regionale Besonderheiten, Stadt/Land, Bevölkerungsdichte, Grenznähe etc.

Wogegen ich mich entschieden wende, ist eine weitere Privatisierung des Sicherheitsdienstleistungsbereichs. Der Polizei als staatlichem Sicherheitsdienstleister für innere Sicherheit müssen daher ausreichend finanzielle Mittel ebenso bereitgestellt werden wie die entsprechende Zahl an Planstel-

len. Zudem müssen die Exekutivbeamten von überbordenden Verwaltungstätigkeiten entlastet werden. So können beispielsweise Erstbefragungen im Asylverfahren ohne Nachteil für den Verfahrensgang - von Zivilbeamtlnnen durchgeführt werden.

Ganz wichtig: Um Bedrohungen wie Cyber-Attacken auf politische Institutionen und Unternehmen oder Terrorangriffe wirksam bekämpfen bzw. verhindern zu können, müssen polizeiliche, militärische und justizielle Ressourcen und Fähigkeiten gebündelt werden. Das gilt vor allem auch für die

> Bewältigung aktueller leistet hier im Rah-

Herausforderungen wie der illegalen Migration. Das Österreichische Bundesheer

men des Assistenzeinsatzes einen unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit und zur Stabilität unseres Landes. "Mehr Sicherheit in Zeiten wachsender Unsicherheit" - das werden wir nur dann schaffen, wenn das Zusammenspiel von Polizei, Militär und Justiz sehr gut funktioniert.

> Hans Peter Doskozil, Verteidigungsminister

Polizei als staatlicher

Dienstleister.





KEIN SPARSTIFT IM SICHERHEITSBEREICH

Die SPÖ nennt 2.500 Polizistinnen und Polizisten zusätzlich auf Österreichs Straßen als Koalitionsbedingung.

ie Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher hat für mich als Bundeskanzler höchste Priorität. Darum freut es mich besonders, dass Österreich immer sicherer wird, auch wenn in den Medien oft ein anderes Bild vermittelt wird. Doch wir dürfen uns nicht auf den Erfolgen

ausruhen. Auch das Sicherheitsgefühl der Österreicherinnen und Österreicher im Alltag zu stärken braucht weitere Anstrengungen.

Die Aufgaben werden nicht leichter.

Die Aufgaben, die auf uns zukommen, werden nicht leichter. Wenn es um die Sicherheit unserer Bevölkerung geht, dürfen wir nicht den Sparstift ansetzen. Die Sicherheitsmilliarde für das Bundesheer und zusätzliche Mittel für die Polizei sind die richtigen Antworten auf die kommenden Herausforderungen. Wir als SPÖ fordern 2.500 zusätzliche Polizistlnnen auf Österreichs Straßen und haben das zur Koalitionsbedingung für die nächste Regierung gemacht. Wir müssen die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und vorhandene Mittel an den richtigen Stellen einsetzen. Es lohnt sich auch ein Blick in den "Plan A", in dem viele weitere konkre-

te Forderungen formuliert sind: modernes Sicherheitsmanagement, transparente Personalzuteilung, eine durchdachte Planung, die regionale, räumliche und sicherheitskritische Besonderheiten wie Kriminalitätsrate, Aufklärungsrate, Einsatzwege oder nahe Staatsgrenzen berücksichtigt.

Wenn wir von Sicherheit sprechen, geht es aber auch um soziale Sicherheit als Garant für ein friedliches Zusammenleben. Es geht darum, dass un-

sere Kinder eine gute Ausbildung bekommen, einen sicheren Job haben, von dem sie leben können, und später eine sichere Pension haben werden. Nur wenn wir uns in allen zentralen Bereichen des Lebens darauf verlassen können, dass wir füreinander da sind und einander in schwierigen Situationen unter die Arme greifen, können wir uns alle sicher fühlen und unser Leben frei gestalten. Das ist die Stärke Österreichs und dafür lohnt es sich, gemeinsam zu kämpfen. Am 15. Oktober und an allen anderen Tagen des Jahres.

Christian Kern, Bundeskanzler

... AUF DEN KERN GEBRACHT ... AUF DEN KERN





Werte Kolleginnen!

"Bundeskanzler Christian Kern und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil haben in ihren Beiträgen bereits eindrucksvoll dargestellt, welche Wertschätzung sie unserer Arbeit als PolizistInnen entgegenbringen. Gleichzeitig haben sie aber auch beschrieben, was sie für unsere Zukunft tun wollen. Am 15. Oktober geht es aber auch noch um andere Themen, die uns direkt oder unsere Angehörigen, FreundInnen, Bekannten oder NachbarInnen betreffen. Einige Punkte werden in Folge dargestellt."

Schule und Laptop

Um die nachhaltige Vermittlung digitaler Kompetenzen und die kritische Auseinandersetzung mit digitalen Inhalten und Tools zur Realität zu machen, braucht es vor allem eines: die notwendige Infrastruktur. Deshalb erhält künftig jedes Kind nach der Volksschule ein Tablet. In der 9. Schulstufe bekommen die Jugendlichen zudem einen Laptop. Diese Ausstattung soll unabhängig vom jeweiligen Schultyp erfolgen, in privaten wie in öffentlichen Schulen. Alle Schulen werden mit WLAN ausgestattet.

LehrerInnenausbildung

Um die Qualität der Wissensvermittlung auch langfristig zu sichern, braucht es neben Hardware-Ausstattung und WLAN insbesondere die Verankerung

der Lehr- und Lerninhalte in den Lehrplänen und Kompetenzanforderungen für Lehrerlnnen. Durch einen verstärkten Fokus auf die digitalen Skills bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung wird PädagogInnen das Rüstzeug vermittelt, um mithilfe dieser digitalen Medien innovativ unterrichten zu können.

Investitionen

Von zu wenig öffentlichen Investitionen sind kleine Volkswirtschaften – wie auch jene Österreichs – besonders stark betroffen. Umso mehr muss die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt und müssen Anreize für private Investitionen unserer Unternehmen geschaffen werden. Die Exporte aber hängen ganz stark von der wirtschaftlichen Dynamik Europas ab. Wenn in der EU das Wachstum ausbleibt, so beeinträchtigt das unsere Exporte.

Arbeitszeit

ArbeitnehmerInnen sollen das Recht auf Änderung des Arbeitszeitausmaßes (Wechsel von Vollzeit zu Teilzeit und umgekehrt, Änderung des Teilzeitausmaßes etc.) erhalten. Damit soll ein Recht auf eine "selbstbestimmte Erwerbsbiografie" verwirklicht und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Unterschiede in Lebensalter, Gesundheit und hinsichtlich wirtschaftlicher Bedürfnisse können so berücksichtigt werden. Kein genereller 12-Stunden-Tag.

Managergehälter

Die Managergehälter sind völlig aus dem Ruder gelaufen. Bei den ATX-Unternehmen verdient ein Manager inzwischen das 50-Fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. Bis in die 1970-er/

1980er-Jahre hinein war es das 15- bzw. das 20-Fache. Mit Leistung hat das nur bedingt zu tun. Daher fordern wir eine klare gesetzliche Regelung, die börsenotierte Unternehmen verpflichtet, das Verhältnis von Managerbezügen zum Durchschnitt ihrer MitarbeiterInnen per Aufsichtsratsbeschluss festzulegen.

Steuerbetrug

Steuerbetrug und schädlichem Steuerwettbewerb in Europa sagen wir den Kampf an. Jeder, auch jeder Großkonzern, muss seinen fairen Beitrag für die Gemeinschaft leisten. Noch immer bestehen zu viele Schlupflöcher, um auch innerhalb der EU Steuern zu vermeiden. Die EU und ihre Mitaliedstaaten verlieren dadurch Steuereinnahmen von geschätzten 1.000 Milliarden Euro. Und das jährlich! Dieses Geld fehlt



GEBRACHT

bei der Bildung, der Gesundheit, bei der Pflege, beim Ausbau der Infrastruktur und bei der Sicherheit. Verschärft wird das Problem durch den ungeregelten Steuerwettbewerb in der EU.

Ausbildungsgarantie

Mit der im Juli 2016 beschlossenen Ausbildungspflicht bis 18 Jahre wurde bereits der erste Schritt gesetzt. Nun ist es an der Zeit, auch jungen Menschen, die älter als 18 Jahre sind, hochqualitative Ausbildungen zu ermöglichen und diese auch zu finanzieren. Mit der Ausweitung der Ausbildungsgarantie von 18 auf 25 Jahre wird jedem arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren, der keine ausreichende Ausbildung hat, eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung angeboten und bezahlt.

Pensionen

Die SPÖ will Rechtssicherheit für die Pensionen und einen gesetzlichen Schutz der Gutschriften auf dem Pensionskonto gegen nachträgliche Eingriffe. Ausgebaut werden soll die Ausgleichszulage. Nachdem bereits umgesetzt ist, dass Menschen, die 30 Jahre gearbeitet haben, 1.000 Euro Mindestpension bekom-

men, sollen nun auch Kindererziehungszeiten in diese 30 Jahre eingerechnet werden. Außerdem sollen Paare, bei denen ein Partner die Voraussetzung von 30 Jahren erfüllt, eine Mindestpension von 1.500 Euro erhalten.

Flüchtlinge

Wichtig ist es, Asylverfahrenszentren außerhalb Europas einzurichten, etwa in Niger, um so die Migrationsströme einzudämmen. Die illegale Migration ist zu stoppen und die Kontrolle muss zurückgewonnen werden. Wichtig ist es zudem, die wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern zu verbessern. Das ist ein längerer Prozess, der auch ökonomische Kosten verursachen wird. Wenn die Asylverfahren aber bereits in Zentren außerhalb Europas abgewickelt würden, könnte auch der Schlepperkriminalität ein Riegel vorgeschoben werden.

Billigkonkurrenz

Vor Billigkonkurrenz und unfairem Wettbewerb müssen unsere Unternehmen geschützt werden. Beispiel Stahl: China betreibt derzeit massives Dumping zu konkurrenzlosen Preisen beim Export von Stahl, um seine Stellung am Weltmarkt auszubauen. Unsere Aufgabe ist der Schutz



der österreichischen Unternehmen vor diesen unfairen Methoden. Die Preisdifferenz zwischen chinesischem und europäischem Stahl muss durch Zölle ausgeglichen werden, damit für unsere Unternehmen wieder ein fairer Wettbewerb möglich ist.

Lehrlinge

Österreich investiert sehr viel Geld in höhere Schulausbildungen. Gleichzeitig wird immer davon gesprochen, von welch enormer Wichtigkeit der Lehrberuf sei. Dabei sind die Ungleichheiten noch immer viel zu groß - beginnend bei den Ausgaben der öffentlichen Hand bis hin zu individuellen Nachteilen, mit denen Lehrlinge im Vergleich zu SchülerInnen zu kämpfen haben. Höchste Zeit, dem entgegenzuwirken und jene jungen Menschen, die glücklicherweise einen Lehrberuf ergreifen, ruhig einmal zu den "Liebkindern" unseres Landes zu machen.





ES GEHT UM **EURE SICHERHEIT**

Weder die Personalvertretung noch die Gewerkschaft dürfen sich aus der aktuellen Politik heraushalten. Klare Standpunkte sind gefragt!

ie Arbeitsbedingungen für euch haben sich in den vergangenen Jahren massiv erschwert. Ihr seid allzu oft und immer mehr mit verbaler und/ oder physischer Gewalt konfrontiert. Es gilt, eure Rahmenbedingungen den Umstän-

den anzupassen. Noch besser wäre es, diese Rahmenbedingungen vorausschauend zu gestalten. Handeln nach Anlässen, wie zuletzt bei

Dazu kommt, dass wir noch immer an den schmerzlichen Einsparungen aus der blauschwarzen Ära der Jahre 2000 bis 2006 zu leiden haben. Erst mit der Rückkehr der Sozialdemokratie konnte einiges an Verbesserungen erreicht werden. So tragen beispielsweise die Urlaubsersatzleistung, die Pflegefreistellung "NEU", die Valorisierung des Fahrtkostenzuschusses, die Fortzahlung von Nebengebühren nach einem Dienstunfall, die Qualifizierung eines Unfalls als Dienstunfall, die Anerkennung von akuten psychischen Belastungsreaktionen

als Dienstunfall, Verbesserungen im Wa-

Migration und Terror, kommt oft zu spät.

chebediensteten-Hilfeleistungsgesetz und die Umsetzung der Bundespensionskassa eine sozialdemokratische Handschrift. Den konservativen Absichten von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung, alle Sonderregelungen (Langzeitversichertenre-

> gelung, Schwerarbeitswir eine klare Absage! Unseren langjährigen

> pension) für den Übertritt in den Ruhestand abzuschaffen, erteilen

Forderungen (z. B. Schutzwesten) wurde teilweise entsprochen, von der Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung wurden über 288 Millionen Euro für die Anschaffung von Ausrüstung investiert. Was wir jetzt noch brauchen, ist ein modernes Sicherheitsmanagement. Mit der SPO unter Bundeskanzler Christian Kern haben wir einen Verbündeten für unsere Anliegen. Daher ersuche ich euch, ihm und der SPÖ am 15. Oktober dieses Jahres eure Stimme zu geben. Es geht um eure Sicherheit.

Hermann Greylinger, Stv. Vorsitzender der Polizeigewerkschaft

Sozialdemokratische Handschrift.

WIR WÄHLEN ROT





NUR FÜR MITARBEITER DES FSG KLUB DER EXEKUTIVE: DIE ERSTE KREDITKARTE DER WELT ZUM SPEZIALPREIS VON NUR € 3,34 MONATLICH.

Die Vorteile der Diners Club Gold Card:

- Kostenloser Zutritt zu mehr als 700 Diners Club Airport Lounges weltweit. Einzige Voraussetzung ist ein Jahresumsatz von € 3.600,- innerhalb der letzten 365 Tage vor Loungebesuch (Summe aus Haupt- und evtl. Zusatzkarten), max. 12 Besuche p. a., ansonsten werden die aktuell kommunizierten Spesen verrechnet.
- Austrian Business Class Check-in an allen österreichischen Flughäfen
- Fast Lane schneller durch die Sicherheitskontrolle am Wiener Flughafen: mit Ihrer Diners Club Card und der "Fast Lane/Priority Lane"
- 10 % Rabatt bei Austrian Airlines Bordeinkäufen
- Rabatt Paket holen Sie sich jetzt bei ausgewählten Diners Club Partnern bis zu 15 % Dauerrabatt*
- Umfassendes Versicherungspaket
 - z. B. Behandlungskosten im Ausland, Nottransport und eine Reisestornoversicherung – bei Diners Club sind Sie bereits bei der Anzahlung der Reise versichert!
- 24 Stunden Hotline bei Versicherungsfällen
- Diners Club E-Konto Online Zugriff auf die aktuellen Umsätze und Ihre Kontoauszüge

- Best Pay: die neue, smarte Teilzahlung ist unbürokratisch, schnell und vor allem günstiger als die meisten Kontoüberziehungen
- Frei wählbare PIN für Bargeldbehebungen weltweit bei allen Geldautomaten im Diners Club- oder PULSE-Netzwerk (Nordamerika) und Bezahlung an Automaten
- Optional mit "PIN First" beim täglichen Einkauf PIN Eingabe anstatt der Unterschrift (sofern das Kreditkartenterminal diese Funktion unterstützt)
- Flexibler Einkaufsrahmen
- S-SMS (Security-SMS) das kostenlose Sicherheits-Service nach jeder Zahlung per SMS oder per Smartphone-Messenger
- Bonus Selection mit jedem Umsatz sammeln Sie Bonuspunkte, die Sie gegen exklusive Angebote einlösen können.
- Sonderkonditionen bei Avis, Europcar und Hertz (je nach Verfügbarkeit)

Mehr unter www.dinersclub.at

BIS ZU
15 %
SPAREN MIT
DEM RABATTPAKET

So kommen Sie zu Ihrer Diners Club Card:

Das Antragsformular für Ihre Diners Club Card können Sie beim Klub der Exekutive über Frau Wally anfordern: claudia.wally@bmi.gv.at oder Tel. 01/531 26-3479. Faxen Sie das ausgefüllte Antragsformular und die Kopie eines amtlichen Lichtbildausweises bitte an die DC Bank AG, Fax Nr.: 01/50 135-72 220 oder mailen Sie es an firmenkunden@dinersclub.at.

Die Diners Club Gold Card wird Ihnen dann innerhalb von 2 Wochen per Post zugesendet. Der Umstieg von bestehenden Diners Club Verträgen ist iederzeit kostenlos möglich.

Für nähere Informationen und Auskünfte steht Ihnen der Diners Club Firmenkundendienst unter der Tel. Nr. 01/50 135-22 gerne zur Verfügung.





Hermann WALLY © 01/53-126/3683



Hermann GREYLINGER
© 01/53-126/3772





Walter Haspl
© 01/53-126/3455



Franz FICHTINGER
© 01/53-126/3737

Einbindung der Personalvertretung bei der Implementierung des Gefährdungseinschätzungstools SALFAG

Zum Antrag des Zentralausschusses vom 15.12.2016, Zahl 33/109/16, ergangen an die Abteilung II/1, wurde zu den angeführten Bedenken betreffend den Probebetrieb des Instrumentes "Situationsanalyse bei familiärer oder Beziehungsgewalt (SALFAG)" vom Dienstgeber wie folgt informiert:

Bei "SALFAG" handelt es sich um eine Art Checkliste (ähnlich dem KLF), die bei Vorliegen von Delikten bzw. bei der Bearbeitung von Sachverhalten von Gewalt in der Privatsphäre das Vorgehen der einschreitenden Beamten standardisieren und erleichtern soll. Mit diesem, seitens des Psychologischen Dienst des BM.I entwickelten Instrument werden alle relevanten Parameter aufgelistet, die bei einer Gefährdungsprognose im Sinne des §



38a SPG von Bedeutung sind oder sein könnten und dabei sowohl die Situation des Opfers, die Situation des Gefährders als auch die begleitenden Umstände des zugrundliegenden Sachverhaltes an sich berücksichtigen.

Damit zielt dieses Instrument darauf ab, eine umfassende Lageeinschätzung im Sinne des § 38a SPG vorzunehmen bzw. zu erleichtern. Es ist ausdrücklich nicht Ziel, dass Exekutivbedienstete eine "psychologische" Einschätzung der Person eines Gefährders vor-

nehmen. Durch die Vielzahl der sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren in einem derartigen Fall ist eine Lageeinschätzung beim Einschreiten sehr komplex. Insofern dient das vorliegende Instrument dazu, die Quantität von Gefährdungsparametern zu erfassen bzw. zu berücksichtigen, was – auch für aktiv bzw. folgeeinschreitende Exekutivbedienstete und Opfer von hoher Relevanz sein kann.

Beim Einschreiten am Einsatzort tritt keine Änderung zu der seit nunmehr fast 20 Jahren gut funktionierenden Praxis ein. Das Instrument SAL-FAG dient zur nachfolgenden, auf der Dienststelle vorzunehmenden, standardisierten, schriftlichen Dokumentation bestimmter im Zuge des Einsatzes und der Erhebungen zum Sachverhalt eruierter Parameter, die für die weitere sicherheitspolizeiliche Maßnahme (in der Regel die Veranlassung eines Betretungsverbots) die Grundlage bilden.

Mit SALFAG ist eine strukturierte und vor allem standardisierte Erfassung aller relevanten Parameter gegeben, die auf eine Erhöhung der Handlungssicherheit bei den einschreitenden Bediensteten abzielt. Nachdem gerade bei Beziehungsdelikten die Gefahr einer Eskalation bis zur Tötung einer beteiligten Person sehr groß ist, besteht hinsichtlich dieser Handlungssicherheit ein erhöhter und dringlicher Bedarf, der durch SALFAG abgedeckt wird.

Der Zeitaufwand für die Befüllung dieser mittels EXCEL-Formulars konzipierten Checkliste beträgt ca. 10 bis 15 Minuten. Im Gegenzug wird damit



die schriftliche Dokumentation, die weiterhin mit den bisher geltenden Formularen erfolgt, vereinfacht, weil alle relevanten Parameter (farblich) durch SALFAG bereits visualisiert vorliegen. Insofern handelt es sich bei SALFAG für einschreitende Exekutivbeamte um eine den Sachverhalt standardisiert aufklärende Checkliste, die für eine lückenlose Aktenerledigung von hoher Bedeutung ist.

Mit SALFAG liegt zudem nicht nur eine Gefährdungsprognose vor, sondern auch eine objektivierbare Graduierung einer möglichen Gefährdung (von "keine/normale Gefährdung" bis "sehr hohe Gefährdung"), was insbesondere für weitere polizeiliche Maßnahmen von besonderer Bedeutung sein kann. Diesbezüglich wurde für den Probebetrieb auch mit dem Bundesministerium für Justiz die Verwendung des SALFAG im Rahmen der Strafprozessordnung abgestimmt. Vor einer flächendeckenden Umsetzung wird mit dem BMJ neuerlich das Einvernehmen darüber herzustellen sein.

Zu einzelnen Punkten des eingangs zitierten Schreibens:

"Expertisen über Gefährdungslagen" bzw. "auch noch schriftlich dokumentiert":

Den einschreitenden Bediensteten wird ausdrücklich keine Expertise abverlangt; es werden in standardisierter Weise bestimmte im Zuge des Einsatzes und der Erhebungen festgestellte oder ermittelte Parameter dokumentiert, die keine "psychologische Expertise über den Gefährder" sondern eine objektivierbare Grundlage für die umfassende Einschätzung der Gefährdungslage im Sinne des § 38a SPG ermöglichen. Die Dokumentation der Maßnahmen nach dem SPG erfolgt wie bisher mit den dazu vorgesehenen Formularen.

Dem Zentralausschuss wird

angeboten, das Instrument SALFAG selbst, die bisher gewonnenen Erfahrungen aus dem Probebetrieb und die intendierte Implementierung zu präsentieren und weitere sich möglicherweise ergebende Fragestellungen zu besprechen bzw. zu diskutieren. Hierzu würden Vertreter der Abteilungen II/2 und I/12 eingebunden, sowie evtl. das Instrument SALFAG bereits im Probebetrieb anwendende Praktiker aus der Linienstruktur mit eingeladen werden. Seitens der Abteilung II/2 wird dazu auch ein Vertreter der Abteilung I/12 mit eingebun-

Antrag betreffend sichtbare Tätowierungen bei Polizeibediensteten

um im Betreff angeführten Gegenstand wurde vom BMI mitgeteilt, dass seitens der Abteilung II/1 die Adaptierung der Allgemeinen Polizeidienstrichtlinie (APD-RL) - speziell in diesem Bereich - vorgesehen ist. Der Punkt 2.2 "Auftreten" soll um den Punkt 2.2.1 "Erscheinungsbild" erweitert und entsprechend konkretisiert werden. Eine erste Abstimmung mit dem ZA bezüglich der Formulierung fand bereits am 9.2.2017 statt. Nach Endabstimmung mit dem ZA und der Gleichbehandlung ist die Verlautbarung der u.a. Formulierung geplant.

"2.2.1 Erscheinungsbild"

Das äußere Erscheinungsbild umfasst neben der Uniformierung und dem Verhalten von Exekutivbediensteten auch das persönliche Äußere, wie die Haar- und Barttracht, sowie das Tragen persönlicher Accessoires.

Die Haartracht darf den vorschriftsmäßigen Sitz der ge-



mäß Polizeiuniformtrage-Verordnung vorgesehenen Kopfbedeckung sowie die Funktionalität sonstiger Ausrüstungsgegenstände nicht beeinträchtigen. Das Tragen von Kopfbedeckungen mit religiösen Motiven während des Dienstes ist untersagt. Die Haartracht muss sauber und gepflegt sein. Dabei ist beim Haarschnitt zu beachten, dass kein ungepflegter Eindruck erweckt oder extremer Trend verfolgt wird (in Bezug auf Form, Länge, Gestaltung und/ oder Farbgebung). Die Länge der Haar- und Barttracht ist so zu wählen, dass bei aufrechter Körperhaltung die Uniform weder verdeckt noch in der Funktion beeinträchtigt und den Grundsätzen der Eigensicherung entsprochen wird. Langhaarschnitte sind

zulässig, wobei die Haare gebunden zu tragen (Zopf) bzw. hochzustecken sind, um den Grundsätzen der Eigensicherung zu entsprechen. Haarfärbungen – auch einzelner Haarpartien – dürfen nur dem Spektrum der natürlichen Haarfarben entsprechen. Dabei sind Form und Farbe der Haarspangen bzw. Bänder dezent zu halten. Voll-, Oberlippen-, Kinn- und Backenbärte sind erlaubt. Sie sind gepflegt und gestutzt zu halten. Dezente, pflegende und abdeckende Kosmetik ist erlaubt. Farblich auffällig gestaltete (unauffällige, übliche Nagellackierungen sind erlaubt) sowie wesentlich über die Fingerkuppen hinweg ragende Fingernägel (unabhängig davon ob künstlich verlängerte oder natürliche Fingernägel) sind nicht gestattet.

Das sichtbare Tragen von Tätowierungen, Piercings und Schmuckgegenständen (außer Uhren, Verlobungs-, Partner- oder Eheringe) ist untersagt. Ebenso sind sichtbare subdermale/transdermale Implantate, Brandings, Flesh Tunnels, Ohr Plugs, Zungenspaltung, etc. nicht gestattet. Bereits bestehende Tätowierungen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die nicht den vorgenannten Regelungen entsprechen, sind im Einzelfall zu beurteilen.

Für einzelne Exekutivbedienstete, die für besondere Dienstverrichtungen (zum Beispiel verdeckte Ermittlungen) herangezogen werden, können Ausnahmen – die reversibel sind – durch die jeweils unmittelbar vorgesetzte Organisationseinheit (ab Ebene SPK/BPK) verfügt werden.

Ergänzend wird dazu angemerkt, dass es sich dabei um Einzelentscheidungen handeln werden wird und man jeden Fall einzeln bewerten müsse. Aus rechtlicher Sicht müsse das Grundprinzip des "Keine Strafe ohne Gesetz" gelten und somit auch nicht im Nachhinein anzuwenden sein.



Antrag auf Ankauf von LED-Blinkleuchten für Streifenfahrzeuge zur Ausrüstungsverbesserung

Bezugnehmend auf die Thematik "LED-Blink-leuchten für Streifenfahrzeuge" wurde das zuständige Fachreferat IV/1/a in die Beurteilung eingebunden und es wurde Folgendes mitgeteilt:

Von November 2013 bis März 2014 wurden über Initiative des Referates IV/1/a bereits Warnleuchten der "neuen Generation" (Nachfolgemodell für die alten Nissen "Super Primär 823-R-3") bei den Landespolizeidirektionen Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Wien erprobt und insofern für den Einsatz als geeignet bewertet, da durch

die Größe der Lichtaustrittsfläche die Leuchte nicht nur sehr gut wahrnehmbar ist, sondern auch die Leuchtkraft über eine automatische Tag- und Nachtanpassung verfügt. Zusätzlich kann die Leuchte nicht nur am Boden, sondern auch auf die in Verwendung befindlichen Faltdreiecke aufgesteckt werden, um diese in eine höhere Position bringen zu können. Diese Leuchten erfüllen auch die aktuelle EU-Norm. Nach Abschluss der Probephase wurden Beschaffungsverfahren für diese LED-Warnleuchten der "neuen Generation" (Nissen Star-Flash LED Typ 620) bei Bedarf durchgeführt, wobei die Landespolizeidirek-



tion Vorarlberg im Jahr 2016 erstmals einen Bedarf von 15 Stück LED-Warnleuchten dieser "neueren Generation" hatte. Im Zuge der ständigen Marktbeobachtung durch das Referat IV/1/a wurden im Jahr 2015 von einer Firma "Powerflare Leuchtenkoffer" vorgestellt. Das Referat IV/1/a hat

im Zuge einer Erprobung festgestellt, dass die Lichtaustrittsfläche dieser Leuchten gegenüber jener der neuen Nissen Star-Flash LED-Leuchten nur zirka halb so groß ist. Dies hat auch Auswirkungen auf die Leuchtkraft, welche bei Tageslicht nicht überzeugen konnte. Einen besonderen Mangel stellt aber der Umstand dar. dass diese Leuchtmittel nicht die erforderliche EU-Norm erfüllen. Aufgrund der bisher gewonnen Erkenntnisse und Fakten können die "Powerflare Leuchtenkoffer" seitens des Fachreferates nicht empfohlen werden. Dem Antrag wurde deshalb nicht zugestimmt.

Antrag auf Anrechnung einschlägiger Vordienstzeiten

Zu dem gegenständlichen Antrag wurde vom Dienstgeber wie folgt Stellung genommen:

Mit der Besoldungsreform 2015 wurde die Anrechnung von Vordienstzeiten auf eine völlig neue Basis gestellt. Die wesentlichen Änderungen zu der bisherigen Rechtslage bestehen darin, dass eine Anrechnung von Ausbildungszeiten ausgeschlossen und eine Berücksichtigung von Berufstätigkeiten an das Erfordernis der Einschlägigkeit geknüpft wurde. Eine Anrechenbarkeit von sogenannten "sonstigen Zeiten", wie dies zuletzt bis zum Höchstausmaß von insgesamt 4,5 Jahren möglich war, besteht nicht mehr.



Die genannten Anrechnungsregeln sind für den gesamten Bundesdienst gleich, Ausnahmen für bestimmte Verwendungen/Berufsgruppen existieren nicht. Die geforderte Ausweitung der Anrechenbarkeit in Richtung einer Anrechenbarkeit von "Privatwirtschaftserfahrung" ohne Bedachtnahme auf das Element der Einschlägigkeit würde folglich eine generelle, den

gesamten Bundesdienst umfassende Änderung der Anrechnungsbestimmungen bedingen, für deren federführende Umsetzung die Zuständigkeit nicht beim BM.I sondern beim Bundeskanzleramt gelegen ist. Seitens des BM.I ist auch nicht beabsichtigt, in der Angelegenheit initiativ zu werden.

Zu der im Antrag angeführten Verordnung aus dem Bereich des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, BGBL. II Nr. 105/2017, ist zu bemerken, dass darin kein Beispiel für eine erweiterte Anrechnungsmöglichkeit zu sehen ist. Vielmehr werden durch die Verordnung die für eine Anrechnung in Frage kommenden Erwerbszeiten auf Basis der genannten gesetzlichen Vorgaben lediglich näher definiert. Die Anrechenbarkeit dieser in der Verordnung aufgezählten Zeiten ist daher der allgemeinen Maxime folgend - ausnahmslos an das Erfordernis der Einschlägigkeit geknüpft. Die bloße Schaffung einer Verordnungsermächtigung für den Exekutivbereich hätte somit im Ergebnis keine Erweiterung der Anrechnungsmöglichkeiten zur Folge und würde daher - isoliert betrachtet - ohne grundlegende Änderung des Anrechnungssystems nach Ansicht des BM.I nicht zu der von der Personalvertretung



geforderten Ausweitung der Anrechnungsmöglichkeiten führen.

Zuletzt wird darauf verwiesen, dass die behauptete "dramatische" Verschlechterung der Anrechnungsmöglichkeiten aus ho. Sicht nicht nachvollzogen werden kann. So war auch auf Basis der vor Inkrafttreten der Besoldungs-

reform 2015 zuletzt gültigen Rechtslage eine Anrechnung von beruflichen Tätigkeiten für die Verwendungsgruppe E2b grundsätzlich nicht vorgesehen. Ein Unterschied zur nunmehrigen Rechtslage ergab sich lediglich aus der Anrechenbarkeit sogenannter "sonstiger Zeiten" - von diesen waren drei Jahre zur Gänze und drei Jahre zur Hälfte

anrechenbar. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die Vorrückungsdauer von der Gehaltsstufe in die Gehaltsstufe zuletzt einheitlich 5 Jahre betragen hat, was den Effekt der Anrechenbarkeit von maximal 4,5 Jahren "sonstiger Zeiten" zu einem Großteil wiederum zunichte gemacht hat. Bedenkt man zusätz-

lich, dass die Gehaltsansätze zur Wahrung des Erwerbsverlaufes im Gefolge der Besoldungsreform 2015 gegenüber den bisherigen Beträgen leicht angehoben wurden, kann – wie bereits eingangs dargelegt wurde - eine (wesentliche) Verschlechterung gegenüber der bisherigen Rechtslage nicht erkannt werden.

Dienstgradeverordnung Dienstgrad "Revierinspektor"

m Hinblick auf aufgetretene Fragen zum Dienstgrad "Revierinspektor" für nach der Besoldungsreform 2015 übergeleitete E2b-Bedienstete, die im Februar 2015 gem. § 169c GehG aus der damaligen Gehaltsstufe 3 (oder niedriger) übergeleitet wurden, ergeht folgende Klarstellung:

Diese für die Rechtslage nach dem Besoldungsreformgesetz 2015 geschaffene Regelung bezweckt nicht, dass der Dienstgrad "Revierinspektor" zu einem späteren Zeitpunkt anfällt als dies nach der Altrechtslage der Fall gewesen wäre, wenn durch die Überleitung ein Jahr "verlorengeht" und dadurch das Besoldungsdienstalter (BDA) niedriger als die erforderliche tatsächlich im Exekutivdienst verbrachte Zeit ist.

Vor dem Hintergrund der Bestimmung des § 169e Abs. 3 GehG, mit der sichergestellt werden soll, dass der Anfallszeitpunkt von aus der Einstufung abgeleiteten Rechten ge-



genüber der "Altrechtslage" gleich bleibt, geht für diese übergeleiteten Fälle, in denen das BDA niedriger als die tatsächlich im Exekutivdienst verbrachte Zeit ist, § 1 Abs. 4 der Dienstgrade VO dem § 1 Abs. 1 lit. c der Dienstgrade-VO insoweit vor, als die bezeichneten Bediensteten den Dienstgrad "Revierinspektor" ab Erreichen einer im Exekutivdienst tatsächlich zurückgelegten Gesamtdienstzeit von 6 Jahren führen können, wenn das BDA aufgrund der Überleitung noch nicht sechs Jahre erreicht ist.

Antrag betreffend Vereinheitlichung der Überstundenzuschläge bei "Ad hoc" Mehrdienstleistungen

m Hinblick auf aufgetretene Fragen zum Dienstgrad "Revierinspektor" für nach der Besoldungsreform 2015 übergeleitete E2b-Bedienstete, die im Februar 2015 gem. § 169c GehG aus der damaligen Gehaltsstufe 3 (oder niedriger) übergeleitet wurden, ergeht folgende Klarstellung:

Diese für die Rechtslage nach dem Besoldungsreformgesetz 2015 geschaffene Regelung bezweckt nicht, dass der



Dienstgrad "Revierinspektor" zu einem späteren Zeitpunkt anfällt als dies nach der Altrechtslage der Fall gewesen wäre, wenn durch die Überleitung ein Jahr "verlorengeht" und dadurch das Be-

soldungsdienstalter (BDA) niedriger als die erforderliche tatsächlich im Exekutivdienst verbrachte Zeit ist.

Vor dem Hintergrund der Bestimmung des § 169e Abs. 3 GehG, mit der sichergestellt werden soll, dass der Anfallszeitpunkt von aus der Einstufung abgeleiteten Rechten gegenüber der "Altrechtslage" gleich bleibt, geht für diese übergeleiteten Fälle, in denen das BDA niedriger

als die tatsächlich im Exekutivdienst verbrachte Zeit ist, § 1 Abs. 4 der Dienstgrade VO dem § 1 Abs. 1 lit. c der DienstgradeVO insoweit vor, als die bezeichneten Bediensteten den Dienstgrad "Revierinspektor" ab Erreichen einer im Exekutivdienst tatsächlich zurückgelegten Gesamtdienstzeit von 6 Jahren führen können, wenn das BDA aufgrund der Überleitung noch nicht sechs Jahre erreicht ist.





Tatjana Sandriester
© 01/31310/33 123

POLIZEIGEWERKSCHAFT aktuell



Tel. 531-26/3772



Harald Segall © 01/31310/961700

Rechtsschutzbericht der GÖD Über vier Millionen Euro erkämpft



Bruno Kelz © 0664/5955465

er Rechtsschutzbericht der GÖD-Rechtsabteilung für das Jahr 2016 macht wieder einmal klar deutlich, wie wichtig und erfolgreich diese Serviceeinrichtung für Mitglieder ist.

Mit der regelmäßigen Zahlung des Mitgliedsbeitrages ist auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Serviceeinrichtung "Rechtsabteilung" verbunden. 13 unmittelbar in dieser Abteilung beschäftigte Juristinnen und Juristen sowie sieben Büroassistentinnen sorgen dafür, dass die Unterstützung Suchenden zu ihrem Recht kommen. Neben dem umfangreichen Posteingang werden täglich über 100 Anrufe entgegengenommen.



2016 wurde wieder einmal eine große Anzahl von Sozi-



algerichtsverhandlungen geführt. Diese Verfahren werden vor den Arbeits- und Sozialgericht Wien bzw. vor den einzelnen Landesgerichten in den übrigen Bundesländern abgehalten. Hier wird unter anderem die Anerkennung eines Unfalls als Arbeitsunfall bzw. Dienstunfall eingeklagt oder aber das Vorliegen eines solchen Unfalles vom Sozialversicherungsträger zwar anerkannt, jedoch die Schwere der Verletzungsfolgen sowie de-

ren Auswirkungen bestritten und somit die Gewährung oder Weitergewährung einer (befristeten) Versehrtenrente abgelehnt. Einen weiteren Schwerpunkt der Sozialgerichtsverfahren bildet die Anerkennung von Versicherungszeiten als Schwerarbeitszeiten, welche eine Pensionierung vor dem 65. Lebensjahr mit geringeren Abschlägen ermöglicht. Die Durchsetzung von Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspensionen sowie die Gewäh-



Walter Deisenberger
© 059133/55/2100

rung von Pflegegeld gehören ebenfalls zu jenen Sozialgerichtsverfahren, die von den Juristinnen und Juristen der GÖD-Rechtsabteilung geführt werden. Dabei wurde für die Mitglieder ein Betrag von über 900.000 Euro erkämpft. Zusammen mit den Arbeitsgerichtsverfahren, welche vor allem die Nichtgewährung von Entgeltbestandteilen, aber auch unfreiwillige Beendigungen zum Inhalt haben, wurden knapp 200 Gerichtsverfahren in ganz Österreich geführt. So wurden 212 einzelne Sozialgerichts- und 35 Arbeitsgerichtsverhandlungen, jeweils in erster Instanz, verrichtet. Von 28 im Berichtsjahr beendeten Arbeitsgerichtsprozessen wurden 18 erfolgreich abgeschlossen.

Dienstrechtsverfahren für Geldleistungen

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit, welche von den Juristinnen und Juristen der Rechtsabteilung geleistet wird, ist die Vertretung von Beamtinnen und Beamten im Dienstrechtsverfahren. bei denen es unter anderem um die Zuerkennung von gebührenden Geldleistungen geht. Seit der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 sind die Bescheide der Dienstbehörden nicht mehr beim jeweiligen Ressort, sondern ab 1.1.2014 beim Bundesverwaltungsgericht bzw. bei den Landesverwaltungsgerichten mittels Beschwerde bekämpfbar. Gegen negative Entscheidungen der Verwaltungsgerichte (ebenso Bundesfinanzgericht für Steuer-, Beihilfen- oder Finanzstrafsachen) kann au-Berordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof (VwGH) oder Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof (VfGH) erhoben werden. Dabei handelt es sich um sogenannte "außerordentliche Rechtsmittel". Im Jahr 2016

wurden 108 Revisionen eingebracht, was eine deutliche Steigerung zum Jahr 2015 bedeutet. Im letzten Jahr wurden 114 VwGH-Verfahren beendet, wobei mehr als die Hälfte dieser Verfahren mit der Aufhebung der bekämpften Bescheide endete. Dies bedeutet einen großen Erfolg für unsere Mitglieder auch im Sinne der Rechtsentwicklung des Dienstund Besoldungsrechtes. Im Gegensatz zu den außerordentlichen Revisionen werden nur relativ wenige Beschwerden an den VfGH erhoben. Dieser Umstand lässt sich dadurch erklären, dass eine Verletzung verfassungsrechtlicher Bestimmungen (z.B. Gleichheitsgrundsatz, Diskriminierungen) oftmals nur schwer argumentierbar ist bzw. der VfGH bereits im Rahmen einer ersten Überprüfung mittels Beschluss entscheidet, dass die Behandlung der Beschwerde abgelehnt wird. Er kann die Behandlung einer Beschwerde dann ablehnen, wenn sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat oder von der Entscheidung die Klärung einer verfassungsrechtlichen Frage nicht zu erwarten ist.

Die "Zentralisierung" aller außerordentlichen Rechtsmittel in der Rechtsabteilung, welche an den VwGH bzw. VfGH gerichtet werden, ermöglicht es, dass Gewerkschaftsmitglieder, angelehnt an die aktuelle höchstgerichtliche Judikatur, die bestmögliche Vertretung in Dienstrechtsverfahren erhalten!

Straf- und Zivilrecht, Disziplinarverfahren

In Straf- und Disziplinarverfahren sowie bei Zivilprozessen wurde im Jahr 2016 über 1200 Mitgliedern kostenlose anwaltliche Unterstützung im Rahmen des GÖD-Rechtsschutzes unter Berücksichtigung der Bedingungen des Rechtsschutzregulatives des ÖGB zur Verfügung gestellt, und dies auch über mehrere Instanzen. Insgesamt wurden allein über 800 Zivilprozesse geführt, wo insbesondere Schadenersatzansprüche (Schmerzensgeld und Verdienstentgang) geltend gemacht wird. Besonders betroffen sind hier Kolleginnen und Kollegen aus dem Exekutivbereich, die im Rahmen von Amtshandlungen besonderen Gefahren ausgesetzt sind und Schäden erleiden. Von den 282 beendeten Strafverfahren konnte in 232 Fällen ein Freispruch oder die Einstellung des Verfahrens erreicht werden. Hier liegt die Erfolgsquote somit bei 82 Prozent! Bei Disziplinarverfahren endet etwa die Hälfte mit einem Freispruch, Schuldspruch ohne Strafe oder einem Verweis. Regelmäßig werden von der GÖD auch Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof unterstützt, da wiederholt die EU-Konformität der innerstaatlichen Gesetze überprüft werden muss.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass private Rechtsschutzversicherungen bei den genannten Verfahrensarten oftmals den Rechtsschutz nicht oder nicht in dem Umfang gewähren, wie ihn die GÖD bietet!

Der Rechtsschutzbericht macht deutlich, dass die Rechtsabteilung der GÖD nicht nur eine große Anzahl von (Gerichts-)verfahren führt, sondern auch am Interventionsweg bei den Behörden viele Erfolge verzeichnen kann. Sie bietet eine Serviceleistung an, die für GÖD-Mitglieder einen deutlichen Mehrwert ihrer Mitgliedschaft darstellt. (Quelle: GÖD, Ausgabe 5/Juli-August 2017)



Hermann Wally © 01/53-126/3683



Franz Fichtinger
© 01/53-126/3737



Hartmut Schmid © 0676/6156697



Markus Köppel © 0664/8113572



ES ZAHLT SICH AUS, MITGLIED ZU SEIN!

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ist die einzige anerkannte überbetriebliche Interessensvertretung der öffentlich Bediensteten in Österreich! Abseits medialer Wahrnehmung und Berichterstattung wird von ihr täglich erfolgreiche Vertretungsarbeit für über 350.000 öffentlich Bedienstete geleistet.

Service und Dienstleistungen sind jedoch ausschließlich den über 240.000 GÖD-Mitgliedern vorbehalten!

- Der umfassende GÖD-Rechtsschutz inkl. Berufshaftpflicht- und Berufsrechtsschutzversicherung.
- Die Solidaritätsversicherung für Freizeitunfälle inkl. Ablebensrisiko und Spitaltagegeld.
- Bildungsförderungsbeiträge für berufliche Fortbildung.
- Sowie viele andere Vorteile mehr!

Geldwerte Vorteile eines Vielfachen Ihres monatlichen GÖD-Mitgliedsbeitrages! Sie bedeuten Ihren entscheidenden Vorteil gegenüber dem Nichtmitglied! Als GÖD-Mitglied bezahlen Sie weniger Lohnsteuer!

Da der GÖD-Mitgliedsbeitrag automatisch die Lohnsteuerbemessungsgrundlage vermindert, liegt der tatsächlich zu leistende Mitgliedsbeitrag für GÖD-Mitglieder monatlich ca. 6,- bis 9,- niedriger als auf dem Bezugszettel brutto ausgewiesen.

Da uns jede einzelne Mitgliedschaft im täglichen Kampf der Interessensgruppen entscheidend unterstützt, bedanken wir uns an dieser Stelle für Ihre Mitgliedschaft.

ÜBRIGENS: WIR WACHSEN TÄGLICH WEITER!



• LESERBRIEF • LES

Gewerkschaftlicher Rechtsschutz

Leserbrief von Koll. Oliver BLASCHEK nach einem Schusswaffengebrauch und verletztem Täter

09.08.2017

An Hr. FICHTINGER Franz SchulungsrefStv. der Polizeigewerkschaft

Sehr geehrte(r) Hr. Franz FICHTINGER,

Am 09.03.2017, gegen 17:00 Uhr fuhr ich mit meinem Kollegen nach Leoben, als gegen 17:30 Uhr ein Funkspruch hereinkam: "Mann mit Schusswaffe zielt auf vorbeifahrende Passanten". Danach ging alles sehr schnell. Es kam zu einem lebensgefährlichen Schusswaffengebrauch mit verletztem Täter. Ich möchte nicht mehr viel über den Vorfall sprechen jedoch möchte ich mich bei einigen Personen bedanken, die mir danach geholfen haben den für mich belastenden Vorfall zu verarbeiten. Das Medienecho im Fernsehen und Zeitungen war groß.

Einen großen Dank möchte ich an alle damals Anwesenden und an meine Kollegen sowie Vorgesetzten richten, welche mir unmittelbar nach dem Vorfall zur Seite gestanden sind, sowie an alle meine Einsatztrainer spez. URSCHINGER Udo, welche genau diese Situation wenige Wochen zuvor mit uns in Leoben trainiert haben.

Ebenso möchte ich mich beim Psychologischen Dienst Herrn Mag. Richard JANISCH bedanken, welcher mir unmittelbar nach der Amtshandlung zur Seite stand.

Obwohl ich mir sicher war alles richtiggemacht zu haben, war ich jedoch erstmals in meinem Leben Beschuldigter. Angeklagt nach §§ 87 Abs 1, 313 StGB, beschuldigt wegen des Verdachtes des Verbrechens der schweren absichtlichen Körperverletzung unter Ausnützung einer Amtsstellung. Als ich am nächsten Morgen nach einer schlaflosen Nacht aufgestanden bin, dachte ich an einen Anwalt.

Ihr habt mir sofort geholfen und mir einen hervorragenden Anwalt in der Steiermark zur Verfügung gestellt. Ich kann mich nur noch einmal bei der Gewerkschaft und speziell bei dir bedanken. Ich musste nur noch einmal was unterschreiben es war einfach problemlos zu einem Zeitpunkt zu dem ich schon genug Probleme hatte.

Am 08.08.2017 kam die Einstellung gegen mich mit den Worten:"..... weil das Verhalten des Beamten im Hinblick auf das Verhalten des Beschuldigten verhältnismäßig und gerechtfertigt war. Auf diesem Weg vielen Dank an die Gewerkschaft für die rasche und professionelle Hilfe.

Mit freundlichen Grüßen Oliver Blaschek



Christian Kircher

1.Vors.St. JW-Gew.



Sommer in den Justizanstalten!!!

Bereits in vorangegan-genen Kommentaren, insbesondere auch in der Polizei-aktuell habe ich ganz gezielt und treffend immer wieder davor gewarnt, nun sind im heurigen Sommer, alle BEFÜRCHTUNGEN im Strafvollzug wahr geworden. Personalmangel, verletzte JWB durch tätliche Angriffe, weiterhin keine klare neue, längst versprochene, gesetzliche und erlassmäßige Regelung wichtiger Themen im Strafvollzug und vor allem krankmachende Arbeitsüberlastuna.

Als Beispiele seien hier, stellvertretend für alle längst überfälligen Entscheidungen und unerträglich lange dauernden Maßnahmen des Ministeriums, angeführt:

Neugestaltung und Verbesserungen bei der Neuaufnahme von JWB, Vollzugsordnung neu, Videodatenauswertung, schleichende Privatisierung des Strafvollzuges durch Einsatz von Handwerkern, Intervention für die Aufnahme der JW in die Schwerarbeiterregelung usw.

Die längst überfällige neue Vollzugsordnung (VZO) wurde aus- und überarbeitet, definiert, verbessert, alle möglichen geistigen Kapazitäten der Justiz ausgeschöpft und belastet - um diese "VZO neu" wie es jetzt scheint- vor Herausgabe durch das BM-

fJ, in der Versenkung verschwinden zu lassen.

Ähnlich verhält es sich mit dem sogenannten Videodatenerlass. Ein Videosicherungserlass der alten Dienstbehörde (vormalige VD). wurde auf Betreiben einiger Dienstgebervertreter sang- und klanglos von einem Tag auf den anderen aufgehoben. Zahlreiche Verhandlungen des ZA mit der Dienstbehörde brachten schlussendlich doch noch ein halbwegs verträgliches und herzeigbares Ergebnis, das dem Datenschutz jedes einzelnen Bediensteten in den Justizanstalten, Rechnung tragen sollte.

Doch was erfolgt durch die Dienstbehörde anstelle der Ausfertigung dieses kolportierten, inhaltlich vereinbarten und zeitlich längst überfälligen Videodatensicherungserlasses zum Schutz des Personals - absolut nichts!!!

Unter dem Motto einiger "Mia san Mia"-Anstaltsleiter, werden Videodaten aus allen nur denkbaren Gründen allein im stillen Kämmerlein gesichtet, bewertet und danach möglichst gegen das Personal und einzelne Beamte verwendet. So wurden in manchen Fällen sogar Erhebungen eingeleitet die jeder stichhaltigen Grundlage entbehren.

DAS Thema in der heurigen Urlaubszeit ist wiederum der Personalmangel an allen Ecken und Enden in den österreichischen Justizanstalten

Die Ursachen dafür lassen sich exakt feststellen und lokalisieren: ein neues Aufnahmeverfahren namens "Janus", auf dessen Fertigstellung viel zu lange Zeit, ohne Neuaufnahmen durchzuführen, gewartet wurde. Au-Ber einer Bundeseinheitlichkeit bei der Testung, hat sich dieses nicht bewährt, weshalb sonst sollen gleich einmal 211 von 220 angetretenen Prüflingen durchgefallen sein! Es ist für mich nur sehr schwer vorstellbar das Versagen bei den Prüflingen allein anzusiedeln.

Ganze Schulklassen in unseren Bildungseinrichtungen standen während des Zuwartens auf dieses neue Verfahren leer und diese verlorenen, ja durch die Dienstbehörde versäumten Jahrgänge zur Aufnahme in den JW-Dienst, sind nicht oder nur mehr schwer aufholbar.

Ein weiterer allgemeiner Umstand trifft selbstverständlich auch die JW - geburtenschwache Jahrgänge, die jetzt gleichzeitig von mehreren Stellen für den Dienstantritt beworben werden. Polizei und Bundesheer treten natürlich als Konkurrenten auf, wenn es um die Aufnah-

me in einen uniformierten Staatsdienst geht.

Schuld an der Personalmisere bei der JW sind aber auch unverschämt niedrige Einstiegs-Entlohnungen für die Aspiranten. Statt die Geldmittel für die über 200 offenen Planstellen bei der JW in attraktivere Anfangsgehälter zu investieren und damit vermehrte Anreize für einen interessanteren Berufseinstieg bei der JW zu schaffen, haben sich die Aktivitäten der Dienstgeberseite in diversen Evaluierungen, Inseraten sowie anderen öffentlichen Stellenausschreibungen erschöpft.

Und eines sage ich hier unumwunden: Im heurigen Jahr hat vor der Urlaubszeit im Sommer die Standes- und Personalvertretung nicht nur vor Engpässen, sondern eben diesen nicht mehr tolerierbaren, die Kollegen krankmachenden Arbeitsbedingungen gewarnt.

Im nächsten Jahr wird es keine Warnung unsererseits zu einem solchen eklatanten Personalmangel mehr geben, sondern werden sofort gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gesetzt werden, unter dem Motto:

"Schluss mit lustig" - der Zenit ist überschritten ...



Steiermark 15 Mittwoch, 2. August 2017



2011 nahm Justizanstalt-Chef Josef

Adam einen Preis für ein Gesundheitsprojekt entgegen, jetzt klagen Bedienstete über Schikanen

Von Hans Breitegger

icht die Häftlinge flüchten aus der Justizanstalt L V Graz-Jakomini. Weg wollen ihre Bewacher. Es sind offenbar unüberwindbare Differenzen zwischen der Belegschaft und der Anstaltsleitung. die immer mehr Beamte dazu veranlassen, ihre Versetzungsgesuche zu schreiben. Derzeit wollen laut Gewerkschafter etwa 20 Kollegen zur Polizei übersiedeln.

Wie gestern berichtet, fordert der Zentralausschuss der Justizwache (höchstes Personalvertretungsorgan) einstimmig die Absetzung des Anstaltsleiters, Brigadier Josef Adam, "Seit Monaten weiß die Generaldirektion von unseren Problemen, nichts ist bisher geschehen", wettert Rudolf Wendlandt, Vorsitzender der Justizgewerkschaft Steiermark, "Die

Justizanstalt: **Viele Beamte** wollen weg

"Flucht" aus der Justizanstalt Graz-Jakomini: 20 Beamte haben um Versetzung angesucht. Sie wollen zur Polizei.

Zustände in der Anstalt sind nicht mehr zumuthar."

Von Schikanen und Mobbing ist die Rede. Ein Justizwachebeamter, der anonym bleiben möchte, erzählt: Ein Einsatztrainer sei nach einem Krankenstand mehrmals zum Arzt geschickt worden, weil der Anstaltschef seinen Krankenstand angezweifelt habe. Schließlich habe sich der Beamte freiwillig in die Landesnervenklinik einweisen lassen. Danach wurde er in die Justizanstalt Graz-Karlau versetzt. Auch ein zweiter Kollege ist heuer in die Karlau übersiedelt. "Jetzt geht es den beiden wieder sehr gut", weiß Wendlandt.

Krankenstandsüberprüfungen, wie sie auf Anweisung des Anstaltsleiters erfolgt seien, habe das lustizministerium in-

zwischen "abgedreht", erzählt ein betroffener Beamter. Das sei ictzt ctwa zwei Jahre her. "Aber dadurch hat sich die Lage nicht verbessert. Im Gegenteil, sie hat sich zunehmend verschlech-

Eine weitere Entwicklung, die die Belegschaft erzürnt, schildert Rudolf Wendlandt gegenüber der Kleinen Zeitung "Bisher mussten Häftlinge den Fernseher mieten, wenn sie einen in der Zelle haben wollten. Jetzt wird jeder Haftraum mit einem Fernseher ausgestattet, kostenlos natürlich. Dafür ist Geld vorhanden. Wenn es um Maßnahmen geht, die der Belegschaft zugutekommen, wird gespart. Wie beim Dienstsport. Den gibt es auch nicht mehr."

Anstaltsleiter Josef Adam weist alle Vorwürfe entschieden zurück.

AUFWECKER



Josef Fröhlich

Es geht um die Sicherheit

Wenn nicht die Häftlinge aus dem Gefängnis ausbrechen, sondern ihre Bewacher das Weite suchen wollen, dann ließe sich darüber trefflich scherzen.

In der Justizanstalt Graz-Jakomini ist die Situation tatsächlich so: Rund 20 Wachebeamte wollen nichts wie weg. Zum Lachen ist hier freilich niemandem zumute, stehen doch ernste Vorwürfe wie Mobbing im Raum.

Die öffentliche Forderung der Spitzenpersonalvertreternach einer Absetzung von Anstaltsleiter Josef Adam ist extrem. Doch sie kommt nicht aus einer Laune heraus und steht am Ende einer Reihe von seit Jahren bestehenden Problemen, die offenbar weder im eigenen Haus noch im fustizministerium ausreichend ernst genommen wurden.

Das Mindeste, was es jetzt braucht, sind nochmalige ernsthafte Gespräche und der Wille von Anstaltsleirung, Personalvertretung und den Verantwortlichen im Justizministerium nach einer Lösung.

enn eines vergisst in diesem Konflikt hoffentlich niemand: Hier geht es um Menschen, deren Job die Bewachung oft Schwerkrimineller ist. In diesem ohnehin kaum motivierenden Umfeld noch zusätzliche hausgemachte Demotivation zu schaffen, kann in letzter Konsequenz in einem echten Sicherheitsproblem münden.

Wir bieten auch Informationen über unsere neu adaptierte Homepage:

www.justizwache-aktuell.at

und auch über facebook:

fb Justizwache-aktuell

an.

Wir danken folgenden Firmen für ihre Unterstützung

Saldo EDV Beratung-GmbH 3100 St. Pölten

Peter Weinmar - Wirtschaftstreuhand GmbH **1020 Wien**



Dienstag, 1. August 2017

Steiermark 21

Dienstag, 1. August 2017

Justiz: Aufstand der Gewerkschaft

komini stürzen. Dieser spricht von "unsachlicher Kritik"



lachen über uns und haben kei- Absetzung des Anstaltsleiters- und außen entsteht nur durch nen Respekt mehr."

Andererseits müssten die Insassen mit Büchern, Rätselhef-ten, Schreibblöcken und einer Spielbox, in der sich Puzzles, und Malbücher befinden, versorgt werden "Das sind die Sor-gen unserer Anstaltsleitung – aber auf uns Mitarbeiter ver-

Zentralausschuss in Wien nach einstimmigem Beschluss die

eantragt. Der Chef der fustizanstalt

Graz-lakomini (er will namentlich nicht genannt werden) kontert. "Ich erlebe fortwährend umsachliche Kritik an meiner-Person", behauptet er, gibt aber zu, dass es wegen der gesetzlichen Aufgaben Auffassungsun-terschiede mit der Personalver-Lauf Wendlandt hat nun der tretung gibt. Zur Versorgung entralausschuss in Wien nach der Insassen mit Spielboxen

Betreuungsarbeit mit Insassen und Erfüllung der Sicherheits-

Zur Personalsituation; Generaldirektion habe 2017 zehn Planstellen mehr genehmigt – und alle Abgänge wür den ersetzt, so der Anstaltsleiter. Um den Mitarbeitern den ohnehin schwierigen Dienst zu Angebot der Supervision er



Anträge der FSG im Zentralausschuss der Justizwache

- 1. sofortige Installierung von "Karenzpools" auf den Dienststellen aufgrund einer bestehenden eigenen Verordnung im Justizressort.
- 2. ZÜD Ausbau verbunden mit do. Ressourcenaufstockung.
- 3. geforderte Ablöse des Anstaltsleiters in der JA Graz-Jakomini
- 4. Videodatensicherungserlass Urgenz der Ausfertigung
- 5. ausschließlicher Einsatz von Arrestanten Kfz bei renitenten Insassen
- 6. Beifügung der jeweiligen API. Beschreibungen als Anhang zu Ausschreibungen
- 7. inhaltliche Begründung in API.-Betrauungsbescheiden durch die GD

Von Hans Breitegger

icht die rund 450 Häftlinge der Justizanstalt Graz-Jakomini proben den Aufstand. Es sind Personalvertreter und Gewerkschafter, die das "Kriegsbeil" ausgegraben haben und die Absetzung des Anstaltsleiters fordern. Die Vorwürfe, die sie gegen den Brigadier erheben, sind schwerwiegend. Verletzungen nach dem Personalvertretungsgesetz und Vernachlässigung der Fürsorgepflicht gegenüber den Bediensteten wirft man ihm vor.

Gruppeninspektor Rudolf Wendlandt, Vorsitzender der Justizgewerkschaft Steiermark, wettert: "90 Prozent der Belegschaft vertrauen dem Chef nicht mehr. Das hat eine Umfrage ergeben. Die Beamten fühlen sich nicht ernst genommen."

Zehn Planstellen sind laut Wendlandt unbesetzt. Zehn weitere Justizwachebeamte würden fehlen, weil sie karenziert oder nur teilzeitbeschäftigt sind. Wegen des Personalmangels sei das Strafamt oft wochenlang geschlossen. "Verfehlungen von Insassen bleiben daher lange Zeit unbestraft. Die Häftlinge

Bauunternehmen Grundwald & Partner OG

Blumengasse 10, 7051 Großhöflein

Tel.: 0664/37 39 398 Fax: 02682/64 825

E-Mail: grundwald.partner@aon.at



Michael Klemm

Brünnerstraße 107/1/4, 1210 Wien Tel.: 0699/11-60-60-50, Fax: 01/270-24-17 E-mail: admin@mictrans.com











NATIONAL RATSWAHL 2017

Einfach auch per Wahlkarte. Jetzt informieren unter: Tel. 01 525 50 | www.wahlen.wien.at





FRAUEN aktuell

Automatische ArbeitnehmerInnenveranlagung - die Änderungen 2017

b 1. Juli 2017 kommt die neue automatische ArbeitnehmerInnenveranlagung zum Tragen. Ab diesem Zeitpunkt bekommen sowohl ArbeitnehmerInnen als auch PensionistInnen, die bis zu diesem Zeitpunkt noch keine ArbeitnehmerInnenveranlagung (oder wie bisher genannt "Jahresausgleich") für das Jahr 2016 beantragt haben, eine Benachrichtigung vom Finanzamt, in der ihre, dem Amt bekannten Kontodaten, dargelegt werden. Ist man mit diesen Angaben einverstanden und stimmen diese Daten auch, braucht man selbst nichts mehr zu veranlassen, der ArbeitnehmerInnenausgleich wird von Amtswegen durchgeführt.

Achtung (!):

Will man aber zusätzlich steuerliche Vorteile in Anspruch nehmen, gibt man die Datenänderungswünsche bekannt und sendet das geänderte Formular innerhalb der angegebenen Frist zurück. Diese werden dann, in-



sofern sie einem auch zustehen, bei der Veranlagung berücksichtigt. Wer also bisher immer einen Antrag gestellt hat, wer Sonderausgaben geltend machen kann oder wer nicht warten möchte, sollte auch heuer wieder den Antrag stellen. Ab dem Veranlagungsjahr 2017 (d.h. ab dem Jahr 2018) werden dann von den Trägerorganisationen die getätigten Spenden und auch die bezahlten Kirchenbeiträge automatisch übermittelt und in die Steuerberechnung mit einbezogen.

Was sind die Voraussetzungen:

- Bis zum 30. Juni wurde noch keine ArbeitnehmerInnenveranlagung durchgeführt.
- Auf Grund der Aktenlage ist anzunehmen, dass ausschließlich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen werden.
- Bei der antragslosen Veranlagung muss eine Steuergutschrift herauskommen. Das Finanzamt geht

auf Grund der Aktenlage davon aus, das diese Gutschrift auch durch weitere Abschreibungen nicht höher wird. Dies wird besonders bei Einkünften unter der Steuergrenze der Fall sein, wo es nur um die Rückerstattung der Sozialversicherungs-Negativsteuer geht oder wo bereits Sonderausgaben an das Finanzamt übermittelt wurde. Auch bei schwankenden Bezügen (z.B. bei Karenzierungen, Pensionsantritt) kann - ohne weitere Abschreibungen - eine Gutschrift herauskommen.

- Dem Finanzamt ist die Bankverbindung bekannt. Wenn nicht, wird die Gutschrift nicht auf das Konto des Steuerpflichtigen überwiesen. In diesem Fall muss man dem Finanzamt die Kontonummer bekannt geben oder ein Rückzahlungsantrag gestellt werden.
- Dem Finanzamt liegen die Daten über lohnsteuer-



pflichtige Einkünfte (also der Jahreslohnzettel) und gegebenenfalls Daten über Sonderausgaben vor.

Was kann ich alles steuerlich abschreiben?

Bis zum Jahr 2020 kann man als Sonderausgaben noch Personenversicherungen (Verträge vor 1.1.2016 abgeschlossen) und Wohnraumschaffung (Maßnahmen vor 1.1.2016 begonnen) absetzen. Die Kirchensteuer bis zu einer Höhe von EUR 400,--, allfällige Steuerberatungskosten (hier gibt es keinen Höchstbetrag) und auch Spenden an vom BMF anerkannten Spendenorganisationen (bis zu 10% der Bemessungsgrundlage) können auch in Zukunft noch zum Abzug gebracht werden. Man sollte keinesfalls auf die Möglichkeit der Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und Kinderabsetzbetrag vergessen. Auch allfällige außergewöhnliche Belastungen können die Steuer verringern. Sei es, dass man durch ein Naturereignis (Hochwasser, Brand....) hohe Kosten hat, durch einen Todesfall in der Familie das Begräbnis zahlen muss oder durch Krankheit hohe Ausgaben anfallen. Bei Krankheit gilt es aber zu unterscheiden, ob die Kosten mit oder ohne Selbstbehalt zum Abzug kommen. Erhielt man vom Sozialministeriumservice einen Bescheid, dass man über 25 % erwerbseingeschränkt ist, können Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Krankheit stehen, ohne Selbstbehalt zum Abzug gebracht werden. Bei anderen Kosten wie z.B. Zahnersatz, Brille, Hörgerät etc. wird ein gewisser Betrag, welcher vom Einkommen abhängt, zum Abzug gebracht und nur der übersteigende Teil wird steuerlich wirksam.

Sollte man ein so geringes Einkommen beziehen, dass man keine Lohnsteuer zahlen musste, kann es trotzdem zu einer Gutschrift durch das Finanzamt kommen. Hier wird die sogenannte "Negativveranlagung" schlagend, durch die man bis zu EUR 400,-- zurückbekommen kann.

Aber auch für die Vergangenheit ist es möglich, bis zu 5 Jahren rückwirkend, einen Antrag mit dem Formular L1 oder noch besser direkt in Finanzonline abgeben.

Den Zugang für Finanzonline kann man entweder persönlich (mit Personalausweis) in JEDEM Finanzamt beantragen oder im Internet unter www. bmf.gv.at (hier bekommt man die Zugangserkennung mittels RsA-Brief zugeschickt).

Es zahlt sich aus, wenn Sie Ihre ArbeitnehmerInnenveranlagung machen!

https://www.bmf.gv.at/steuern/arbeitnehmer -pensionisten/arbeitnehmerveranlagung/AANV.html

Ihre FSG GÖD Frauen

Mag. Marion Mayer STEUERBERATUNG

- · Buchhaltung
- Lohnverrechnung
- · Steuerberatung
- Unternehmensberatung
- Gründungsberatung
- Gutachten
- Mediation
- Unternehmensnachfolge
- · Finanzstrafrecht

Wiener Straße 73 2604 Theresienfeld

Tel.: +43 2622 71457 Fax: +43 2622 71457 - 7 E-Mail: mayer@wt-mayer.at www.wt-mayer.at

GEHEN SIE GERN ZUM ZAHNARZT?

Was nervt Patienten am meisten bei einem Zahnarztbesuch?

Einige gehen einfach nicht zum Zahnarzt, aus Angst. Andere suchen zwar regelmäßig eine Zahnarztpraxis auf, schleppen sich aber nur widerwillig hin. Es gibt kaum jemanden, der behaupten kann, gern zum Zahnarzt zu gehen. Wer dann letztlich dort erscheint, geht in vielen Fällen genervt nach Hause. Warum?

Insgesamt 1.376 Personen, davon 835 Frauen und 541 Männer haben an einer Umfrage teilgenommen und die Titelfrage beantwortet. Nur 17 Prozent von ihnen waren mit ihrem Besuch beim Zahnarzt uneingeschränkt zufrieden.

Dabei fanden Umfrageteilnehmer die notwendige Zahnbehandlung ganz in Ordnung. Kritisiert werden hauptsächlich eine mangelhafte Kostenaufklärung und schlechte Beratung. 31 Prozent der Befragten klagen über zickige Zahnarzthelferinnen. Der Servicegedanke und das Zwischenmenschliche scheinen also in einigen Zahnarztpraxen vonnöten zu sein. Hier sind dringend Verbesserungen notwendig, um die Patientenzufriedenheit zu steigern.



- *Das komplette Ergebnis der Befragung:
- 42 Prozent kritisieren die geringe Kostenaufklärung.
- 40 Prozent fühlen sich schlecht beraten.
- 38 Prozent bemängeln die langen Wartezeiten.
- 31 Prozent klagen über zickige Zahnarzthelferinnen.
- 23 Prozent finden die Behandlungsmethoden unmodern.
- 18 Prozent halten die Terminvergabe für inakzeptabel.
- 17 Prozent sagen "es ist alles in Ordnung".
- 14 Prozent finden die Zahnarztpraxis altmodisch.
- 13 Prozent klagen über fehlende Parkplätze an der Praxis.
- 4 Prozent finden den Erinnerungsservice per Postkarte "nervig".
- *Quelle: ZWP-online https://www.zwp-online.info

Fragen zu diesem Thema oder weitere zahnmedizinische Fragen beantworten gerne und kompetent die Zahnärzte der

SCHWEIZER ZAHNARZT-MANAGEMENT GmbH!

Taxis Mosonmagyaróvár 0800 29 14 90 Praxis Mosonmagyaróvár

H-9200 Magyar u. 33 **Praxis Szombathely**

0800 29 38 15 H-9700 Fö tér 29 0800 29 16 54

Praxis Szentgotthárd H-9970 Hunyadi u. 21

15 % Ermäßigung für Zahnbehandlung für Exekutive-Patienten und für deren Angehörige mit dem VIP-Partner-Code PA-423931 sowie ein zusätzliches Überraschungsgeschenk!

Alle Praxen Mo. – Sa. 09.00 – 17.00 info@schweizerzahnarzt-management.eu www.schweizerzahnarzt-management.eu





APP DOWNLOADEN



Auf Nummer sicher gehen

Seit meinem Amtsantritt als Kanzler vor eineinhalb Jahren habe ich mir das große Ziel gesetzt, dass Österreich auf die Erfolgsspur findet. Heute zeigen die Zahlen: Österreich ist erfolgreich. Dieser Erfolg wird uns nicht geschenkt, die Österreicherinnen und Österreicher haben hart dafür gearbeitet. Und das werden wir auch in Zukunft tun, um die Herausforderungen zu bewältigen, die vor uns liegen. Damit das gelingt, habe ich mit dem Plan A ein umfassendes und ambitioniertes Programm für Wohlstand und Sicherheit vorgestellt, das dazu einlädt, ein Stück des Weges mit mir zu gehen.

Wohlstand und Sicherheit garantieren die Freiheit und den Frieden in unserem Land. Dazu zählt für mich als überzeugten Sozialdemokraten neben der körperlichen Unversehrtheit auch die soziale Sicherheit, die ein menschenwürdiges Leben für alle ermöglicht und das solidarische Zusammenleben in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft garantiert. Es geht darum, den Kindern und Jugendlichen die beste Ausbildung zukommen zu lassen, zukunftsreiche und fair

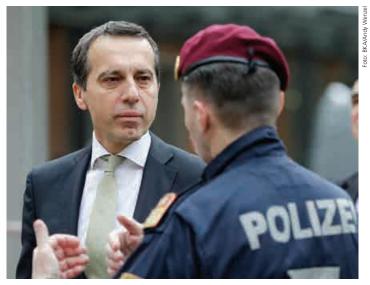


bezahlte Jobs zu schaffen und sichere Pensionen zu gewährleisten. Ich mache mich für ein Österreich stark, dessen Menschen füreinander da sind, sich aufeinander verlassen können

g und sich in schwierigen Situationen hilfreich beiseite stehen: Tugenden, wie sie von Polizistinnen und Polizisten jeden Tag unter Beweis gestellt werden. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank und das Versprechen, die Sicherheit all jener Einsatzkräfte zu garantieren, die unsere Sicherheit gewährleisten. Das beginnt bei der Ausbildung, hat in puncto Personal zu geschehen, umfasst eine zeitgemäße, moderne Ausrüstung und beinhaltet strukturelle und infrastrukturelle Verbesserungen, um für den Kampf gegen moderne Formen der Kriminalität gerüstet zu sein. Die Menschen müssen sich in unserem Land sicher fühlen können, dies zu gewährleisten ist das Gebot der Stunde. In der Politik wie auch der Gesellschaft. Das Problem: Wir haben zu wenig Polizeikräfte auf der Straße. Den Negativrekord hält die Steiermark, hier alleine fehlen 500 PolizistInnen. Deswegen setzt sich die SPÖ dafür ein, dass 2.500 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten auf unseren Straßen ihren Dienst versehen. Das ist eine unserer sieben Koalitionsbedingungen. Denn der Personalmangel wirkt sich



Am 31. Mai 2017 besuchte Bundeskanzler Christian Kern (r.) das Bundesland Steiermark. Im Bild mit der Grazer Polizei.



Am 30. März 2017 besuchte Bundeskanzler Christian Kern (I.) die WEGA, eine Sondereinheit der Polizei in Wien, in der Rossauer Kaserne.



auf die öffentliche Sicherheit aus, aber auch auf die im Dienst stehenden BeamtInnen, die unter Stress und einer höheren Burn-out-Gefahr leiden. Neben der Aufstockung des Personals gilt es, der Polizei die beste und modernste Ausrüstung zur Verfügung zu stellen, die für den Einsatz benötigt wird. Zugleich soll es mehr regionale Unterstützungseinheiten geben, die in gefährlichen Situationen in Ballungszentren bereitstehen, um die Kräfte vor Ort zu stärken. Unsere PolizistInnen sollen echte Polizeiarbeit leisten und nicht als Lückenbüßer in der Verwaltung eingesetzt werden. Au-Berdem brauchen wir einen stärkeren Rechtsschutz, der frühzeitiges Eingreifen und klare Sanktionen bei Delikten gegen PolizistInnen beinhaltet. Moderne Sicherheitspolitik bedeutet Maßnahmen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, der Kriminalitätsprävention und des Strafvollzugs zu setzen, die nicht auf die Aufklärung von Straftaten beschränkt sind, sondern vorausdenken. Dazu muss die Expertise von Kriminalpolizei, SozialarbeiterInnen, Psycho-

Oben: Bundeskanzler Christian Kern zu Besuch bei der WEGA in der Rossauerkaserne

Rechts und unten: Am 22. Dezember 2016 besuchte Bundeskanzler Christian Kern (I.) die Polizeiwache in Favoriten.

logInnen und weiteren Expertlnnen für eine Früherkennung in den sozialen Brennpunktbereichen miteinander verknüpft werden.

Und schließlich muss endlich Schluss sein mit der immer weiter fortschreitenden Privatisierung von Sicherheitsagenden. Die Polizei ist DIE staatliche Sicherheitsdienstleisterin, der verantwortungsvolle Beruf der PolizstInnen gehört in sichere Hände und darf nicht vom Profitstreben Privater ersetzt werden.

Am 15. Oktober werden die Karten in Österreich neu gemischt. Denn diese Wahl wird eine wichtige Richtungsentscheidung für dieses Land. Es geht darum, Österreich weiterhin auf dem fortschrittlichen Kurs der Sicherheit und Stabilität zu halten und positiv in die Zukunft zu blicken. Dafür ist eine aufgeschlossene, erfahrene und motivierte Polizei als





Garant des friedlichen Zusammenlebens unerlässlich. Ich stehe dafür, Österreich zu gestalten, zu modernisieren und zu verändern. Diese Veränderung braucht Verantwortung, um alle im Land vom Aufschwung profitieren zu lassen.



Polizei International

Teilweise skurril und zum Schmunzeln, teilweise zum Nachdenken oder sogar bitterer Ernst. Nachfolgend einige Meldungen im Zusammenhang mit der Polizei aus der ganzen Welt.

USA - "Verwechslung"

siehe Faksimile

KRONE, 13.7. 17 Von Polizisten niedergeschlagen und einem Polizeihund gebissen wurde Tatyana Hargrove im kalifornischen Bakersfield ohne Angabe von Gründen. Weil sie sich wehrte, droht ihr ein Verfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Laut Polizeibericht hatten die Cops das 19 Jahre alte, 1,57 Meter große und 52 Kilo schwere Mädchen mit einem 30-jährigen, 1,77 m großen und 77 Kilo schweren Räuber mit Bart verwechselt . . .

NIEDERLANDE – Polizisten ersetzten Cannabis durch Kiefern

In einem Wald in der holländischen Provinz Reiderland ersetzten Polizisten die in Töpfen gefundenen Cannabispflanzen durch kleine Kiefern – damit die Besitzer "nicht allzu enttäuscht seien", schrieben sie auf Facebook.



Hermann Greylinger

BRD – G20-Gipfel

siehe Faksimile

USA - Rücktritt nach Skandal

siehe Faksimile

ENGLAND – Polizist tanzt mit Grande-Fans

siehe Faksimile

Tödliche Schüsse auf unbewaffnete Frau

Chef-Polizistin tritt nach Skandal zurück

Minneapolis. – Der Tod der Australierin Justine Damond bleibt nicht ohne Folgen. Vor einer Woche hatten Beamte die unbewaffnete 40-Jährige einfach auf der Straße erschossen – wir berichteten. Nun rollen bei der Polizei von Minneapolis (US-Staat Minnesota) die ersten Köpfe: Chefin Janee Harteau nimmt ihren Hut...

Eine Frau wählt den Notruf – und wird von ihren eigenen Helfern erschossen, Der Fall von Justine Damond sorgt nach wie vor für Fassungslosigkeit. Die australische Auswanderin starb durch einen Bauchschuss – abgefeuert durch die Beifahrertür eines Streifenwagens.

Nach mehreren Protesten gab die Bürgermeisterin von Minneapolis, Betsy Hodges, eine Pressekonferenz. Und sprach ihre Zweifel an der zuständigen Polizei-Chefin Janee Harteau öffentlich aus: "Auch ich habe das Vertrauen verloren." Hintergrund: Erst fünf Tage nach den tödlichen Schüssen hatte sich die oberste Gesetzeshüterin den Vorwürfen aus der Bevölkerung gestellt. Ihr langes Schweigen rechtfertigte sie mit einem Urlaub in einer abgelegenen Bergregion, Letztlich half aber alles nichts: Harteau kündigte nun ihren Rücktritt an.





Opfer Justine Damond (Ii.), Polizeichefin Janee Harteau (re.)



Polizist tanzt mit Grande-Fans

"Amazing". Das Video ist nur fünf Sekunden lang, trotzdem ging es wie ein Lauffeuer um die Welt und berührt Tausende. Darauf zu sehen: ein Polizist auf dem Benefizkonzert in Manchester, wie er mit Fans von Ariana Grande an den Händen tanzt. Internet-User jubeln: "Verdammt, das lässt mich dahinschmelzen!"

6, 6.6. 17





Urinierparaden, Liebe am Gartenzaun

Polizei-Sexskandal vor Hamburger G20-Gipfel

Nach den Skandalen wurden drei Berliner Polizei-Einsatzhundertschaften abgezogen.

Hamburg, Die 14., 15. und 32. Bereitschaftspolizeiabteilung aus Berlin waren im Vorfeld des G20-Treffens in Hamburg im Einsatz. Jetzt wurden sie vorzeitig aus der Hansestadt heimgeschickt. Grund: Die Truppe, die in einem ehemaligen Containerdorffür Flüchtlinge unterge-

bracht war, ließ es dort ordentlich krachen:

- Ein Polizistenpärchen hatte öffentlich Sex an einem Zaun und wurde dabei beobachtet.
- Nach einer wilden und lautstarken Party im Containerdorf bis 5.30 Uhr urinierte ein ganzer Zug in einer Reihe an einem Gartenzaun.
- Eine Polizistin tanzte nur mit Bademantel bekleidet



und mit umgeschnallter Dienstwaffe auf dem Tisch.

Abreise. Jetzt wurde die Berliner "Partytruppe" vorzeitig nach Hause geschickt. Zur Entschuldigung heißt es in Berlin: "Kein Fernseher, kein Freizeitangebot, wir sind im Containerdorf aufeinander gehockt …"

Neue "Dienstführende" für die Polizei

277 Frauen und Männer beendeten am 31. Mai 2017 den Grundausbildungslehrgang für "Dienstführende". Sie wurden in den Bildungszentren Wien, Traiskirchen und Tirol der Sicherheitsakademie des Innenministeriums ausgebildet.

Insgesamt schafften 278 Polizistinnen und Polizisten die Aufnahme in den Grundausbildungslehrgang (GAL) zum "Dienstführenden" – sie starteten am 1. September 2016 in drei Bildungszentren (BZ) der Sicherheitsakademie des Bundesministeriums für Inneres. In das BZ Wien wurden vier Klassen einberufen. drei ins BZ Traiskirchen, eine ins BZ Tirol. 277 Bedienstete beendeten den GAL am 31. Mai 2017, eine Frau schied freiwillig aus dem Lehrgang aus. Acht Bedienstete bestanden die Dienstprüfung nicht.

246 Polizistinnen und Polizisten der Ausbildungsstandorte Traiskirchen (3 Klassen) und Wien (4 Klassen) feierten am 1. Juni 2017 im Bildungszentrum Traiskirchen den Lehrgangsabschluss. Sie werden künftig in der Zentralstelle des BMI, in den Landespolizeidirektionen sowie bei den Stadtpolizeien Baden und Braunau/ Inn arbeiten. 31 Polizistinnen und Polizisten aus Salzburg, Tirol und Vorarlberg sowie ein Bediensteter der Stadtpolizei Hallein in Salzburg feierten den Lehrgangsabschluss bereits am 30. Mai 2017 im Bildungszentrum Tirol. Zum dritten Mal fand der GAL neben Wien und Niederösterreich auch in Tirol statt. Die Polizistinnen und Polizisten werden ab Juni 2017 Dienststellen in Salzburg, Tirol und Vorarlberg verstärken.

1.000 Bewerbungen für den "Dienstführenden-Lehrgang" Für den Grundausbildungslehrgang zum "Dienstführenden" bewarben sich mehr als 1.000 Exekutivbedienstete aus ganz Österreich, etwa ein Viertel waren Polizistinnen. 780 Bedienstete traten zum ersten Teil der Auswahlprüfung an; 500 wurden zum zweiten Teil

zugelassen, 278 wurden aufgenommen. Der GAL E2a besteht aus mehreren Modulen (Recht, Einsatz, Führung, Sozialkompetenz, Logistik und Administration). Ziel der modularen Ausbildung ist, den zukünftigen dienstführenden Beamtinnen und Beamten die erforderlichen Kenntnisse für die mittlere exekutive Führungsebene zu vermitteln, beispielsweise berufspraktische Fähigkeiten oder Kompetenzen zur Problemlösung.

Anm.d.Red: Wir gratulieren zum positiven Abschluss und wünschen nur das Beste für die Zukunft!



Kurt Schaffarik



Zertifizierter Betrieb zur Montage der LOFCC Flächenheizung

Malermeister & Dipl. Zertifizierter Fachtrainer Malerei – Beschichtungen – Tapeten – Fassaden – Bodenheläge Holzschutz – Stuckarbeiten – Mehrfarben – u. Wischtechniken Grauplastik – Wasser- u. Brandschadensanierung Mobil +43(0)676 5078171: Fax +45(1)8697091 A-1250 Wien, Josef Österreicher G. 18: Lager 1+2 Mail: office@maler-ks.at; Web: www.maler-ks.at IBAN: AT95 1400 0051 1076 1068, BIC: BAWAATWW



Wien bekommt mehr Fahrradpolizisten

Die Zahl der Fahrradpolizisten wird aufgestockt: Bis Ende des Jahres soll die mobile Einsatztruppe auf hundert Personen anwachsen und in
der ganzen Stadt unterwegs sein. Bisher war sie
vor allem in Bezirken mit
viel Grün im Einsatz.

Derzeit sind 61 Polizistinnen und Polizisten in Wien auf dem Fahrrad unterwegs. Sie teilen sich 26 Dienstfahrräder. Die radelnde Einsatztruppe ist vor allem auf der Donauinsel und in den meisten Innenstadtbezirken im Einsatz, generell dort wo es viele Parkanlagen gibt. Bis Ende des Jahres will die Polizei die Truppe auf 100 Personen aufzustocken - wie



Bei der Ausbildung wird vor allem die Handhabung des Rads gelernt

Bis Ende des Jahres flächendeckend unterwegs

Gerade beim Einsatz bei-

spielsweise auf der Donau-



Auch Hindernisse müssen mit dem Rad überwunden werden

schnell das geschieht, könne man nicht so genau sagen, denn der Einsatz auf dem Fahrrad geschieht freiwillig, so Paul Eidenberger Sprecher der Wiener Polizei.

Dienstrad kann nur freiwillig gewählt werden

"Da braucht es in den jeweiligen Polizeiinspektionen Freiwillige, die dann ausgebildet werden", schilderte Eidenberger. Die Ausbildung besteht aus der Handhabung des Fahrzeuges: "Nicht nur geradeaus fahren und lenken, sondern auch Hindernisse überwinden bei einer Verfolgungsjagd - also über Stufen fahren und über etwas springen", erklärte der Sprecher. Schon einmal, 2016, hat man aufgestockt. Die polizeiliche Arbeit bleibt dagegen gleich. Die Fahrradpolizisten sind - entgegen der weit verbreiteten Annahme - nicht nur für Radfahrer, sondern auch für Diebstähle, Körperverletzungen

und andere Gesetzesübertretungen zuständig. Man habe in den vergangenen Jahren bereits gute Erfahrungen mit der mobilen Einsatztruppe gemacht. "Auch von Seiten der Bevölkerung wird das gut angenommen, auch weil der Polizist am Fahrrad natürlich viel einfacher zu kontaktieren ist und auch näher am Bürger ist, als der Polizist, der im Streifenwagen vorbeifährt."

insel, in Parkanlagen und Schrebergärten sei das wichtig. Derzeit sind die Fahrradpolizisten noch nicht in allen Bezirken unterwegs, also beispielsweise nicht in der Leopoldstadt, Favoriten, Simmering, Ottakring oder Liesing. Bis Ende des Jahres sollen sie flächendeckend in der ganzen Stadt unterwegs

GALIKA Ges.m.b.H.

Technologie und Industrieanlagen

A-4452 Ternberg, Grünburgerstraße 20 Tel. 07256 / 8488-0, Fax 07256 / 8488-16 e-Mail: office@galika.at

Neue Homepage: http://www.galika.at

- Werkzeugmaschinen
- Erosionszubehör
- Bearbeitungssysteme
- Videomessanlagen



Polizeieinheit Cobra Süd feiert 15 Jahre

Die Spezialeinheit der Polizei im Süden Österreichs feiert 15-jähriges Jubiläum. Die Cobra Süd ist für die Steiermark, das Südburgenland und Kärnten zuständig. Seit ihrem Bestehen rückten die Beamten zu 2500 Einsätzen aus.

Razzien gegen Dschihadisten, der Amoklauf in München, Familiendramen, die Festnahme des Briefbombers Franz Fuchs, oder die Geiselnahme in der Karlau - das alles waren und sind Einsatzgebiete der Spezialeinheit Cobra. Aber auch bei Hochwasser sind die Beamten immer wieder im Einsatz, sagt Gerald Haider. Kommandant der Cobra Süd. Vor allem bei der Personrettung kann die Polizei hier unterstützen.

Oft gewaltlose Lösung

Die Cobra in Österreich gibt es bereits seit 39 Jahren, dementsprechend viel Erfahrung für den Ernstfall ist vorhanden. Schwierige Situationen können daher oft auch ohne physisches Eingreifen gelöst wer-



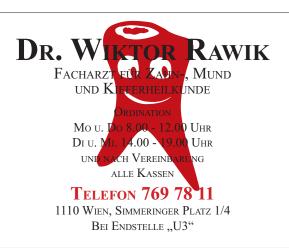
den. "Wenn wir das Problem mit Reden lösen können, dann lösen wir das Problem mit reden", sagt Haider.

Großes Interesse an Spezialeinheit

Etwa 100 Polizisten bewerben sich jährlich bei der Spezialeinheit - nur circa 20 schaffen die schwierigen Aufnahmetests bei der Sondereinheit. Allein bei der Cobra Süd arbeiten knapp 100 Männer. Insgesamt gibt es nur drei Frauen bei der Cobra - sie sind aber in anderen Bundesländern beschäftigt. Für alle Cobra-Beamten gibt es regelmäßige Leistungstests, wer sie nicht besteht muss die Sondereinheit verlassen. Ein vorgeschriebenes Pensionsalter gibt es dafür nicht.

Austausch über die Grenzen hinaus

Die Cobra Süd hält auch Kontakt zu Spezialeinheiten aus anderen Ländern. Dabei werden Terroranschläge und ähnliche Vorfälle analysiert und das Vorgehen der heimischen Beamten dahingehend weiterentwickelt, berichtet Gerald Haider





SICHERHEIT ur Ihr Eigentum

Sicherheitsschlösser • Fenstergitter • Scherengitter Türschließer • elektr. Öffner • Tresore • sämtliche Reparaturen



1140 WIEN, PENZINGER STRASSE 61, **2** 894 52 24 www.zauchinger.at • zauchinger@aon.at

SCHLÜSSELDIENST



Platz vier: Österreichern geht es sehr gut

sterreicherinnen und Österreicher haben keinen Grund zu jammern: Gemessen an objektiven Kriterien ist das Wohlergehen hierzulande ausgezeichnet. Das zeigt ein Vergleich der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG).

BCG hat 44 Indikatoren ausgewählt, um in 162 Ländern zu vergleichen, wie gut es den Menschen geht. Österreich kommt im aktuellen Bericht auf Rang vier nach dem fünften Platz im Vorjahr. Einen Rang auf oder ab dürfe man nicht überbewerten, sagte BCG Partner Hannes Pichler zur APA. Solche Indikatoren hätten immer eine Bandbreite.

Ergebnis von 50 Jahren harter Arbeit

Wichtig sei aber, dass Österrei-

ch zu den Top-5 weltweit gehört. "Da sind 50 Jahre verdammt harte Arbeit dahinter. Das ist nicht einfach geschehen, das ist im Land erarbeitet". Und klar sei auch: "Um das Niveau zu halten, bedarf es ganz sicher weiterer Anstrengungen".

Wohlstandsverteilung entscheidend

Der "Sustainable Economic Development Assessment" (SEDA) Index der Boston Consulting Group hängt mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Länder zusammen - aber nicht nur. Ganz entscheidend ist, wie ein Land den Wohlstand verteilen kann.

"Österreich versteht es in besonderer Weise, die starke Wirtschaftsleistung auch in Wohlergehen für die Bevölkerung umzuwandeln", sagt Pichler. Österreich habe nicht nur - wohl seit dem Marshall-Plan - hohes Wachstum erzielt, sondern es auch geschafft, dieses Wachstum "auf breitere Schultern zu verteilen".

Große Einkommensschere negativ

Die USA etwa, die pro Kopf in Kaufkraft gemessen "reicher" sind, kommen in dem Index nur auf Rang 17. Das hat einen klaren Grund: "Das Ergebnis ist eindeutig: Wo die Schere bei den Einkommen stark auseinanderklafft, gelingt es auch schlechter, den vorhandenen Wohlstand in entsprechende Lebensqualität umzuwandeln", so Pichler. Weitere wichtige Faktoren sind die Einbindung der Zivilgesellschaft und gute Verwaltung.

Das müsse die Politik bedenken, wenn sie Wirtschaftswachstum anstrebt, um den Menschen Wohlstand zu bringen. In einigen, auch großen Ländern sei die Einkommensungleichheit gestiegen und große Teile der Bevölkerung sind enttäuscht, dass sich ihre Hoffnung auf einen steigenden Lebensstandard nicht erfüllt hat. Das könne dazu führen, dass sich Länder vom Welthandel zurückziehen, obwohl gerade dieser die treibende Kraft für mehr Wohlstand war und ist, heißt es in der BCG-Studie.

Gesundheitsvorsorge "extrem positiv"

In Österreich ist unter anderem die Gesundheitsvorsorge, gemessen an Ärzten pro Einwohner, "extrem positiv". Eine Entwicklung in Richtung Zwei-Klassen-Medizin könnte man an diesem Indikator allerdings





RANKING

Österreich bleibt KURIEK viertreichstes EU-Land

Schlusslicht Bulgarien. Österreich zählt weiterhin zu den wohlhabendsten Ländern in der Europäischen Union. Wie das Statistikamt Eurostat am Dienstag mitteilte, rangierte das heimische Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf im Vorjahr bei 126 Prozent des EU-Durchschnitts von 100 Prozent. Auf Platz eins liegt erneut Luxemburg, dessen BIP 267 Prozent des Durchschnitts beträgt, gefolgt von Irland (177 Prozent) und den Niederlanden (128 Prozent).

Als ärmstes Land in der Union bildet Bulgarien erneut das Schlusslicht. Dort liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nur bei 48 Prozent des EU-Durchschnitts.

nicht ablesen, schränkt Pichler ein. Auch zu komplizierte Strukturen der Krankenkassen bilden sich hier nicht ab.

Vielleicht überraschend für manche Österreicher: Im Sektor Umwelt kommt Österreich nicht ganz so gut weg. Weniger überraschend, weil auch in vielen anderen Indikatoren abgebildet: Österreich verliert Punkte, weil es bei der Gleichstellung von Frauen und Männern nachhinkt.

Verteilung nach Kontinenten

Wohlergehen ist nach Kontinenten verteilt, zeigt die Studie deutlich. Afrika liegt abgeschlagen zurück. Da müsse man auf viele Faktoren schauen, auf Investitionen in Bildung und Gesundheit, auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, aber auch darauf, dass der Kontinent zersplittert ist. Wer in Afrika reisen will, brauche zahlreiche Visa, Waren in Afrika zu handeln sei "unglaublich komplex" - auch für Afrikaner, nicht etwa nur für Euro-

Kroatien und Rumänien sind auf dem vorletzten Platz mit ie 59 Prozent.

Gemessen an einem weiteren von Eurostat erfassten Wohlstandsindikator, dem tatsächlichen Individualverbrauch (TIV) pro Kopf (ein Maß für den materiellen Wohlstand von Haushalten), belegt Österreich mit 118 Prozent Rang drei. Neuerlich ist Luxemburg mit 132 Prozent Klassenbester, gefolgt von Deutschland (122 Prozent). Hinter Österreich liegt Großbritannien (115 Prozent). Am geringsten ist der Indikator erneut in Bulgarien (53 Prozent), Kroatien (59 Prozent) sowie Rumänien und Ungarn (je 63 Prozent).

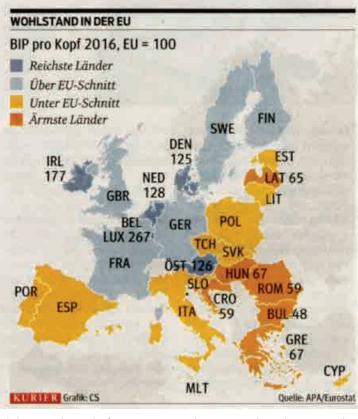
päer, so Pichler. Dazu komme die unglaubliche Ungleichheit, wo Reichtum in wenigen Händen konzentriert ist.

Norwegen auf Platz eins

Der SEDA-Index wird von westeuropäischen Staaten angeführt. Vor Österreich haben sich Norwegen - wie 2016 - auf Platz eins, die Schweiz und die Niederlande auf den Plätzen zwei und drei platziert. Mit Ausnahme der Sonderverwaltungszone Hongkong, die in diesem Vergleich mit geführt wird, sind nur westeuropäische Staaten unter den Top-10.

SEDA-Index seit 2012

Der SEDA-Index wird von BCG seit 2012 erstellt. Er misst den Stand und die Entwicklung von zuletzt 162 Staaten (inklusive der Sonderwirtschaftszone Hongkong) nach 44 Einzelfaktoren, aufgeteilt auf die Kriterien Wirtschaft, Investition und Nachhaltigkeit. Zur Wirtschaft gehören die Bereiche Einkommen, volkswirtschaftliche Sta-



bilität und Beschäftigung. Unter "Investitionen" werden die Lage bei Gesundheit, Bildung und Infrastruktur zusammengefasst. Zur Nachhaltigkeit gehören Umwelt, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Einkommensverteilung.

Angesichts der sehr grundlegenden Indikatoren verändert sich die Position einzelner Länder nur sehr langsam. Wobei der SEDA-Indikator unterscheidet, wie weit der bisherige Bestand an Reichtum zum Wohlergehen beiträgt und wie weit das aktuelle Wachstum so umgesetzt werden kann, dass es

den Menschen besser geht. Österreich ist in beiden Kategorien überdurchschnittlich und konnte sich daher vom ohnehin schon hohen Niveau noch verbessern.

Anm.d.Red.: Laut Eurostat bleibt Österreich das viertreichste EU-Land. Der World Happiness Report 2016 sieht Österreich weltweit auf Platz 12 (siehe Faksimilen). Jammern gehört zu Österreich – aber bitte nicht übertreiben, lassen wir uns Österreich nicht schlecht reden!





Rentnerperspektive Deutschland und Österreich im Vergleich

In Österreich besserer Schutz im Alter: Ein Vorbild für Deutschland?

Die Rentendebatte in Deutschland wird in Österreich schon seit Jahren mit großem Interesse verfolgt – und umgekehrt. Das gilt vor allem auch für die Stärkung des gesetzlichen Umlageverfahrens, während in Deutschland in den letzten Jahrzehnten die staatlich geförderte private Alterssicherung im Vordergrund stand. Zu diesem Thema und unter der Moderation von Verena Schmitt-Roschmann, Leiterin des Büros der deutschen Presse-Agentur in Brüssel, diskutierten auf der gemeinsamen Diskussionsveranstaltung von ÖGB, AK EUROPA und DGB in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU, hochrangige Mitglieder aus der EU-Kommission mit den ExpertInnen aus der AK Wien und dem DGB über das Thema: "Rentenperspektiven – Deutschland und Österreich im Vergleich."

Österreichs Rentensystem bietet deutlich besseren Schutz im Alter

Josef Wöss, Pensionsexperte der AK und Leiter der Abteilung für Sozialpolitik, leite-

Der neue Renault



te die Diskussion mit der Vorstellung einer vergleichenden

der vergangenen Jahre verbunden sind. In Deutschland und Österreich stehen gesetzliche Sozialversicherungen im Mittelpunkt der Alterssicherungssysteme. In der Vergangenheit wurden allerdings die ursprünglichen Systeme in verschiedene Richtungen weiterentwickelt: In Deutschland ist das Ziel der Lebensstandardsicherung im Alter in Folge von Reformen nur noch im Zusammenwirken mit Betriebs- und Privatrenten eventuell erreichbar. Österreich setzt demgegenüber nach wie vor in viel höherem Maß auf das öffentliche Umlagesystem und hat dieses zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut. Der Vergleich zeigt, dass das österreichische System einen deutlich besseren Schutz im Alter durch höhere Leistungen gewährleistet. Um genau zu sein erhält ein durchschnittlicher Pensionist in Österreich monatlich knapp EUR 1.820,-, während ein Rentner in

Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung ein. Mit Deutschland und Österreich werden hier zwei Länder mit ähnlichen Ausgangsbedingungen untersucht, die unterschiedliche Wege in der Alterssicherung gegangen sind. Es wird analysiert, welche Probleme und Konsequenzen mit den rentenpolitischen Entscheidungen

KOLEOS

RENAULT

Jetzt probefahren!

Renault Leopoldau

Dvorak & Co GmbH Julius-Ficker-Str. 79 - 1210 Wien

Tel.: 01/259 85 44 - www.rdw.cc

Renault Währing

Lindner-Geritzer GmbH

Teschnergasse 3 - 1180 Wien Tel.: 01/405 43 17 - www.rdw.cc







www.RDW.cc Das familiäre Autohaus!



Deutschland mit EUR 1.050, auskommen muss. Dabei sind die ökonomischen Rahmendaten in Österreich mit denen in Deutschland durchaus vergleichbar – ein starkes öffentliches Rentensystem belastet also offenbar nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes.

Die leeren Versprechungen des "Drei-Säulen-Modells" in Deutschland

Markus Hofmann, Abteilungsleiter für Sozialpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund erklärte, dass Deutschland mit seinen Reformen Anfang der 2000er Jahre den grundsätzlichen Erfolgspfad für die Alterssicherung verlassen habe. Das 2001 eingeführte "Drei-Säulen-Modell", bestehend aus der ge-

setzlichen Rente, einer betrieblichen Altersversorgung und der privaten Altersvorsorge funktioniere nicht und das deutsche Rentensystem sei auf den Wandel der Arbeitswelt nicht ausreichend vorbereitet - das Altersarmutsrisiko steiat kontinuierlich weiter. Er verweist hier auch auf die Schlussfolgerungen der erst kürzlich veröffentlichten Bertelsmann- Studie, die als Ursache der Altersarmut vor allem die gestiegene Verbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, prekärer Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnsektor, unterbrochene Erwerbsbiographien und Langzeitarbeitslosigkeit nennt. Der stellvertretende Kommissionsleiter der Abteilung für Modernisierung der Sozialschutzsysteme (DG EMPL), Fritz von Nordheim, spricht sich hingegen für das

Mehrsäulensystem aus, denn ihm zufolge liege das Problem nicht an dem System selbst, sondern in den Details seiner Umsetzung. Erfolgreiche Beispiele betrieblicher Vorsorge zeigen, dass diese vor allem dann wirksam seien, wenn sie verpflichtend sind und nicht wie in Deutschland es einem selbst überlassen wird, ob und in welchem Umfang neben der gesetzlichen Pension eine Vorsorge fürs Alter getroffen wird. Das österreichische Modell ist in seiner Meinung deshalb so erfolgreich, weil es auch die Beamten und Selbständigen in die Pflichtversicherung miteinbezieht.

Niedrigverdiener bleiben benachteiligt

Markus Hofmann wies in seinem Schluss-Statement noch

einmal auf die Personen mit einem niedrigen Erwerbseinkommen hin, die eigentlich besonders von einer Erhöhung ihrer niedrigen gesetzlichen Pension durch betriebliche oder private Vorsorge profitieren könnten, doch genau diesen Menschen der Zugang aufgrund fehlender finanzieller Mittel meist verwehrt bleibt. Er kritisierte in diesem Zusammenhang auch stark die nicht eingehaltenen Versprechen der Riester-Verträge in Deutschland. Zum Ende des Jahres 2016 belief sich die Anzahl dieser auf rund 16,54 Millionen, von denen nur 5,9 Millionen Menschen – und damit gerade einmal ein gutes Drittel aller Riester-Sparer – die volle Zulage bekommen und ca. 3,0 Millionen Verträge weiterhin ohne jegliche Unterstützung des Staates bleiben.

Polizei in Kärnten bekommt Verstärkung

25 Polizistinnen und Polizisten schlossen am 31. Mai 2017 ihre Polizeigrundausbildung ab. Sie werden künftig in Kärnten für die Sicherheit der Menschen sorgen.

"Wir alle wissen, dass der Polizeidienst in den letzten Jahren vielfältiger geworden ist, und was von unseren jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Polizeigrundausbildung verlangt wird", sagte Sektions- und Kabinettchef Mag. Michael Kloibmüller beim Lehrgangsabschluss von neun Frauen und 16 Männern am 31. Mai 2017 in Krumpendorf in Kärnten. "Die Ausbildung ist kein Spaziergang, und das ist wichtig, schließlich werden Sie auf einen Beruf vorbereitet, der auch seine gefährlichen Seiten hat und der mit hoher Verantwortung verbunden ist."



Das Verantwortungsbewusstsein zeige sich auch darin, dass viele aus dem Lehrgang als Rettungssanitäter oder bei der Bergrettung tätig seien, sagte der Sektions- und Kabinettchef, und es werde sich auch künftig bei der Initiative "GEMEINSAM.SICHER in Österreich" zeigen, "bei der Sie mit noch mehr Eigenverantwortung die Bürgerinnen und Bürger in die Polizeiarbeit hineinholen können".

"Bei uns stehen jeder Polizistin und jedem Polizisten alle Türen offen. Bleiben Sie nicht stehen, nutzen Sie die zahlreichen Weiterbildungsmöglichkeiten, die Ihnen das Innenministerium bietet", sagte Kloibmüller. "Ich wünsche Ihnen für Ihre berufliche und private Zukunft alles Gute und viel Erfolg." Rechtsmaterien, Kriminalistik, soziale Kompetenzen und Handlungstraining

Insgesamt dauert die Polizeigrundausbildung 24 Monate und beinhaltet 2.736 Unterrichtseinheiten: In den ersten 12 Monaten lernen die Polizeischüler Theorie, es folgen 2 Monate Praxis, 7 Monate Theorie mit der Dienstprüfung und weitere 3 Monate Praxis. Mehr als die Hälfte der Ausbildung umfasst Rechtsfächer. Die Schülerinnen und Schüler lernen Kriminalistik, absolvieren Handlungsund Einsatztrainings und werden in ihren sozialen Kompetenzen gestärkt.

Anm.d.Red: Wir gratulieren zum positiven Abschluss und wünschen nur das Beste für die Zukunft!

SPÖ Hietzing und FSG Klub der Exekutive sammelten Gelder für Klimaanlage

Die Polizeiinspektion am Lainzer Platz wurde erst heuer eröffnet. Mehr als 70 PolizistInnen sind dort rund um die Uhr im Einsatz. "Doch die baulichen Gegebenheiten sorgen in den Sommermonaten für unerträgliche Hitze in der Polizeistation. Innenminister Sobotka hat hier an der falschen Stelle gespart", weiß Gemeinderat und Sicherheitssprecher der SPÖ Wien, Christian Hursky. Erst im März hat BM Sobotka (ÖVP) unter groß-

em Getöse die Polizeistation eröffnen lassen, eine Klimaanlage war trotz der enormen Hitze in der Station aber nicht vorgesehen.

"Wir haben hier im Sommer teilweise Tagestemperaturen von über 30° Celsius. Jetzt stellen Sie sich vor, wie fit die Beamten nach einem 24-stündigen Dienst sind", sagt der Hietzinger Gemeinderat Gerhard Schmid. Um die erhitzten Gemüter zu beruhigen, haben die SPÖ Hietzing und der FSG Klub der Exekutive in Person von Walter Strallhofer kurzerhand eine Spendenaktion gestartet. Dabei sind 6.000 Euro zusammengekommen. "Wir brauchen ein funktionierendes Polizeiwesen und einsatzfähige PolizistInnen", sagt der Klubobmann der SPÖ Hietzing, Matthias Friedrich, der die Aktion initiiert hat. "So etwas fällt zwar nicht in unsere Zuständigkeit, aber wenn Innenminister Sobotka hier nicht

aktiv wird, müssen wir in die Bresche springen."

Großen Dank möchte die SPÖ Hietzing auch der Beamtenversicherung und Generaldirektor Mag. Trawöger aussprechen, die ebenfalls einen namhaften Beitrag geleistet haben. Am heutigen Donnerstag wurden die Spenden symbolisch an den Vorsitzenden des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses, Harald Schrefl, übergeben.





Verdrehtes Weltbild und gebrochene Versprechen





as ist das für ein furchtbares Bild: Extremisten auf offener Straße, die jeder und jedem nach dem Leben trachten. Ein Sündenpfuhl an jeder Ecke. Massenvergewaltigungen und Terrorangst. Kann durchaus sein – aber nicht in Wien! Dennoch wird es Tag für Tag in Zeitungen an die Frau und den Mann gebracht. Ein absichtlich verdrehtes Weltbild. Gerade diejenigen, die sich in den Jahren 2000 bis 2006 für massive Einsparungen an unserer Exekutive verantwortlich zeichneten. schreien hier am lautesten. Unserer Polizei aber ist es zu verdanken, dass Wien eine sichere Stadt blieb, dass sich dieses herbeigeredete Horrorszenario nicht bestätigt hat. Allen Umständen und Einsparungen des Innenministeriums zum Trotz.

Meine Damen und Herren von ÖVP und FPÖ! Sie wünschen sich mehr Sicherheit, mehr Polizeipräsenz? Ich erinnere daran, dass die schwarz-blaue Bundesregierung 1.000 Polizistinnen und Polizisten allein in Wien eingespart hat. Wachstuben wurden verlegt oder gar geschlossen – ersatzlos gestrichen. Dadurch ist genau das eingetreten, was jede Polizistin und jeder Polizist erahnt hat: Die Kriminalität stieg an, die Aufklärungsrate sank. Die SPÖ war es, die vom ersten Tag an eine Entlastung der Polizistinnen und Polizisten forderte. Platter, Molterer, Fekter, Mikl-Leitner und nun Sobotka. Bei all diesen Innenministerinnen und Innenministern der ÖVP, zuständig für die innere Sicherheit, stieß unsere Forderung auf taube Ohren. Wir fordern daher: Endlich mehr Polizistinnen und Polizisten für Wien!

Das Mittelmeer lässt sich nicht "schließen", Wachzimmer aber "öffnen"

Die Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich ihr Leben für die Wienerinnen und Wiener einsetzen, hätten es Ihnen, liebe ÖVP, gedankt. Nun ist die ÖVP angeblich eine "neue" Bewegung, hat eine "neue" Farbe, einen "neuen" Obmann. Den vierten innerhalb von zehn Jahren. Ein neues Spiel, ein neues Glück und Hoffnung. Doch vielleicht vergebens,

denn man hört nichts von einer Aufstockung der Exekutive, von einer Aufwertung der Polizeipräsenz. Alles, was man vom neuen Obmann hört ist, dass die Mittelmeerroute geschlossen werden muss. Nun, nur zu, Herr Kurz. Keiner hält Sie bei diesem Vorhaben auf. Wie sich ein Meer "schließen" lässt, ist mir zwar ein Rätsel. Denn Mauer wird es hier keine spielen. Klar ist aber: Man könnte Wachzimmer öffnen! Mit dem ewigen Sermon über die Mittelmeerroute erhält die Exekutive keine Unterstützung. Es braucht mehr Polizei, mit und ohne Mittelmeerrou-

Christian Hursky Gemeinderat und Sicherheitssprecher der SPÖ Wien



Kräfte AGM (Bundesländer außer Wien) und Kräfte des Pools des BMI am **G20 Gipfel in Hamburg**

eben Einheiten der DSE/ Cobra und der ASE/WE-GA sowie Kräften der LVA Burgenland und Kärnten waren auch 100 der AGM und des bilateralen Pools des BMI im Einsatz. Die Anforderung der deutschen Behörden galt der Unterstützung am internationalen Flughafen Hamburg, wobei die Anforderung an 100 Kräften mit Grenzerfahrung ging.

Unter den 100 EB befanden sich EB aus ganz Österreich, wie auch Kräfte der DSE/OZ AGM, teils aus dem AGM Bereich, teils von Flughäfen und aus dem Pool des BMI (Frontex und bilaterale Einsätze).

Die Tätigkeiten für diese Kräfte umfasste unter anderem die Sicherung des Flughafengeländes, der darauf befindlichen Einrichtungen und abgestellten Flugzeuge der internationalen Gäste. Daneben unterstützen die österreichischen Kollegen bei Kontrolltätigkeiten im Ein- und Ausreisebereich sowie bei Streifentätigkeiten im und um den Flug-



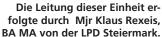


Mjr. Klaus Rexeis, BA MA

Besonders galt es eventuelle Störaktionen hintanzuhalten und einen soweit als möglichen reibungslosen Ablauf des Flughafenbetriebes zu gewährleisten. Der Dienst wurde im Wechseldienst mit gemischten Streifen von deutschen und österreichischen Kollegen durchgeführt, wobei die Dienstzeiten abhängig vom Aufgabenbereich variierten.

Die besondere Herausforderung galt eigentlich der administrativen Tätigkeit. Da die EB aus unterschiedlichsten Dienstsystemen zusammengestellt wurden, musstendiese für die Dauer des Einsatzes in das Wechseldienstsystem übergeleitet werden.

Kollegin Tamara Haas PI Mödling



Aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenbereiche und Angliederung an die Dienstzeiten der deutschen Kollegen, insbesondere im Hinblick auf die DIMA, war das mit Sicherheit eine der größten Anforderungen an den Einsatzstab, zumal bis zum Einsatzbeginn für gewisse Einsatzabschnitte noch keine Vorgaben gegeben

Der Einsatz begann mit der Anreise am 28.06.2017. Die Anreise erfolgte für die Wiener Kollegen im geschlossenen Konvoi über Passau nach Hamburg. Die Anreise über Deutschland musste wegen der Waffendurch- und Einführungsmodalitäten direkt gewählt werden. Die Abreise er-





folgte nach Ausfassen von persönlich zugewiesenen Schutzwesten und Helmen im BAG. Die Ankunft in Hamburg war gegen 22.30 Uhr. Die Unterkunft war im Marriott Flughafen und wurde zur Gänze durch die deutschen Behörden beglichen. Auch war das ganze Kontingent gemeinsam in einem Hotel untergebracht. Die Unterbringung erfolgte in 2-Bett Zimmern.

Nachdem es bereits in den Anfangsphasen Gegenobservationen und Ausspähungen der Hotels und Abläufe durch Linksextreme Gruppen und Personen gegeben hatte, wurden alle Dienstfahrzeuge am Flughafengelände abgestellt. Weiters wurde für die Dauer des Einsatzes eine generelle Dienststellenbereitschaft, sofern keine dienstliche Verwendung vorgesehen war, angeordnet, da im Falle von Störaktionen schnell Kräfte verfügbar gemacht werden können.

Bereits am 29.06.2017 erfolgte eine Tagesschulung für internationales Recht und Verhalten auf Flughäfen, welche für die Dienstversehung auf Flughäfen nach europäischer Norm und Gesetz erforderlich war. Nur mit dieser Schulung

war eine unbeschränkte Zutrittsmöglichkeit am gesamten Flughafengelände möglich. Die EB wurden schließlich, je nach ihrer Qualifikation in diverse Abschnitte eingeteilt. Die Aufteilung der einzelnen Abschnitte gestalteten sich in

- Abschnitt Vorfeld 1 (Sicherung des Flughafengeländes inklusive des Zaunes)
- Abschnitt Vorfeld 2 (Sicherung der abgestellten Flugzeuge sowie der Zufahrtsmöglichkeiten auf das Gelände und der Flughafengates)
- Abschnitt Terminal (Sicherung der Zugänge zum Flughafengebäude sowie Streifentätigkeit mit deutschen Kollegen)
- Sonderabschnitt (Vorfeldkontrollen außerhalb des Flughafens, sowie der Zufahrten zum Flughafen mit Schwerpunkt Störaktionen, sowie Unterstützung bei Einreisekontrollen am Flughafen)

Die meisten Kräfte wurden im Bereich der Abschnitte Vorfeld eingesetzt. Der Dienst wurde stets gemeinsam mit deutschen Kollegen durchgeführt, wobei insbesondere im Bereich Vorfeld auch die Streifenbesetzungen entweder in deutschen oder österreichischen Dienstfahrzeugen gemischt erfolgte.

Das Flughafengelände war deshalb schwierig zu sichern. da diese zum Großteil von einem Naherholungsgebiet und Sumpfland umgeben war. Zudem befand sich auf einer Seite eine uneinsehbare Kleingartenanlage. Der Rest des Geländes war teils stark bewaldet und schwer zu überblicken. Besonders galt es Störaktionen durch Personen und Drohnen zu verhindern. sowie die Überwindung des ca. 20 km langen Flughafenzauns. Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und österreichischen Kollegen gestaltete sich äußerst professionell und kollegenhaft. Die Versorgung wurde durch die deutsche Bundespolizei, in Form einer eigenen Küchencrew, gewährleistet. Täglich wechselnde Menü-Variationen sowie 24h Versorgung am Versorgungsstützpunkt mit Kaltgetränken und Verpflegung war gewährleistet.

Im Vorfeld des Flughafens konnten zwar immer wieder kleinere Gruppen von Störern wahrgenommen werden, welche vorwiegend versuchten die Konvois der Staatsgäste zu blockieren. Der Flugbetrieb am Flughafen war während dem Einsatz nicht behindert.

Die Rückreise erfolgte am 10.07.2017 einzeln und gestaltet sich ohne weitere Vorfälle.

Grundsätzlich kann von einem sehr gelungenen Einsatz, äu-Berst motivierte Kollegen und tadelloser Dienstversehung gesprochen werden. Es gab keine Beanstandungen und seitens der deutschen Behörden und Abschnittsverantwortlichen wurde das Engagement und die Professionalität mehr als positiv hervorgehoben. Die Ausbildungslevels zwischen österreichischen und deutschen Polizeibeamten sind auf einem ähnlichen Level, wodurch es von Anfang an keine Probleme bei der Dienstverrichtung gegeben hatte.

Alexander Roth, Grl – AGM Wien eingesetzt für BMI 2/II/e

Wir bedauern den Tod unseres Kollegen Ferdinand Muth

Kollege Ferdinand Muth versah in der Gefangenenhaus Abteilung der BPD Wien (heute Polizeianhaltezentrum) seinen Dienst. Aufgrund seiner langjährigen Diensterfahrung war er für den sensiblen Be-

reich des Hochparterres zuständig und für alle Arbeitsabläufe verantwortlich. Kollege Ferdinand Muth ist

am 5. Dezember 2016, nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im 74. Lebensjahr von uns gegangen. Wir werden Kollegen Ferdinand Muth nicht vergessen.

Die Kolleginnen und Kollegen des Polizeianhaltezentrums Wien





Bundesminister Hans Peter Doskozil Gastgeber der FSG- Fraktionskonferenz

ie FSG-Fraktionskonferenz, in welcher die Vorsitzenden aller Abteilungen jeden Monat zusammentreffen, tagte im Mai auf persönliche Einladung von BM Doskozil im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport. Die Konferenz fand im Festsaal des BMLVS unter Anwesenheit des Nationalratsabgeordneten Rudolf Plessl, Sicherheitssprecher der Gemeinde Wien Christian Hursky und Zentralausschussmitglied Franz Fichtinger statt.

BM Doskozil wurde in der Begrüßungsrede durch den FAund Fraktionsvorsitzenden Harald Segall herzlich willkommen geheißen. Die dringendsten Punkte wie Personal, Aus-



FSG-KLUB DER ENEKUTIVE - WIEN

v.l.n.r. – SP-NR Rudolf Plessl, BM Hans Peter Doskozil, FSG-Vors. Harald Segall

rüstung, Ballungszentrumszulage, Fuhrpark, Versetzungen in die Bundesländer sowie politische Themen wurden angesprochen.

BM Doskozil freute sich sichtlich, wieder im Kreise von Kolleginnen und Kollegen verweilen zu dürfen und begrüßte uns in seinem Ministerium. Er ging zunächst auf Themen seines Ressorts ein und machte

klar, dass es dzt. seine Aufgabe als Minister sei, voll und ganz für das Bundesheer und Sportangelegenheiten da zu sein. Des Weiteren berichtete er von der aktuellen politischen Lage. Bemerkt wird, dass zum damaligen Zeitpunkt die Neuwahlen von der ÖVP noch nicht vom Zaun gebrochen waren. Die Polizei betreffend bestätigte er, wie wichtig es sei die Perso-

BM Doskozil inmitten der FSG-Funktionärsriege

nalpolitik zu überdenken und die besten Ressourcen für die Kolleginnen und Kollegen zu schaffen. Ein Wechsel des Innenministeriums zur SPÖ wäre in seinem Sinne, auch die Leitung des Innenministeriums durch ihn wäre eine interessante Tätigkeit.

Im Anschluss kam es zu einer Podiumsdiskussion und einem sehr interessanten Gespräch mit dem BM und den anwesenden Vorsitzenden. Dabei wurden aktuelle Thema und Probleme diskutiert.

In der Sitzung informierte Nationalratsabgeordneter Plessl über aktuelle Themen aus dem Parlament die Polizei betreffend und Sicherheitssprecher Hursky über Neuigkeiten aus der Gemeinde Wien.

Nach der Verabschiedung des Bundesministers und Gruppenfoto mit den Teilnehmern wurden bei Gulasch und Getränken weiter wichtige Themen besprochen. Einen herzlichen Dank an "Kollegen" Doskozil für die Einladung in das BMLVS.

Walter Strallhofer



Wir bitten vor den Vorhang!





Stadtpolizeikommando

WIEN-Landstraße

Brigitte Baumgartner



Am 4.5.2017 wurden die Kollegen RevInsp Konrath Simon und Insp Horvat Victoria an eine Einsatzörtlichkeit bzgl. einer abgemagerten Katze beordert. Durch das sorgfältige und beherzte Einschreiten der EB konnte die Besitzerin der Katze eruiert werden. In der zugemüllten Wohnung wurden weitere 9 Katzen und ein ebenfalls stark abgemagerter Hund aufgefunden. Der Hund war kurz vorm Sterben. Die Tiere wurden in das Tierschutzhaus verbracht, der Tierhalterin ein Tierhalteverbot verhängt. Ein DANK für das tierfreundliche und beherzte Einschreiten.

Am 26.4.2017 bemerkte eine Zeugin, wie eine unbekannte Person im Innenhof einer Wohnhausanlage auf einem Baugerüst mit einer Taschenlampe in Wohnungen leuchtete. Beim Klirren von Glas verständigte sie den Polizeinotruf. Beim Eintreffen der Polizeikräfte wurde der flüchtende Täter wahrgenommen und eine Sofortfahndung eingeleitet. Durch die gute Zusammenarbeit der Kräfte des SPK-Landstraße GrInsp Vondracek, RevInsp Bucher, GrInsp Leitgeb und Insp Pagacz sowie Sektor- und Tassokräften wurde der Täter, der sich im Donaukanal im Wasser versteckte, aufgefunden und vorläufig festgenommen.

Am 17.2.2017 wollten Insp Moser Antonia und Insp Friedrich Albin während ihres Streifendienstes nach einer wahrgenommenen Verwaltungsübertretung einen Fahrzeuglenker anhalten. Dieser entzog sich der Anhaltung und es folgte eine länger andauernde Verfolgung durch den 3. und 11. Bezirk. Der flüchtige Lenker verursachte vier Verkehrsunfälle. Beim Versuch, die Flucht auf der A4 zu Fuß fortzusetzen konnte er festgenommen werden. Im Fluchtfahrzeug wurden 500g Marihuana vorgefunden und sichergestellt, zudem waren die Kennzeichen gestohlen.

Am 12.1.2017 wurden die Kollegen Insp Göschl Patrick, Insp Stuk Manuel und VB/S Peischl Patrick im Zuge ihres Streifendienstes zum BG-Innere Stadt in die Marxergasse wegen einer männlichen Person mit Messer beordert. Ebenfalls meldete sich Bezinsp Hausl Oliver zum Einsatz. Der Mann leistete den Aufforderungen der Kollegen, das Messer wegzuwerfen, keine Folge und ohne weitere Vorwarnung rammte er sich selbst das Messer in den Bauch. Bis zum Eintreffen der Rettungskräfte wurde die Person von den Kollegen professionell erstversorgt und stabilisiert. Es wurde erhoben, dass eine psychische Erkrankung vorliegt.

Am 4.4.2017 sprang nachts eine Person von der Stadionbrücke in den Donaukanal und Cäsar-Kräfte wurden zur Hilfeleistung entsendet. Wegen der Dunkelheit und der starken Strömung gestalte sich die Suche nach der Person äußerst schwierig. Schließlich wurde eine Person leblos treibend von der Besatzung des Stkw "C/1" ca. 300 Meter unterhalb des Gaswerkstegs wahrgenommen. Noch vor Eintreffen des Polizeibootes und der Feuerwehrtaucher trieb die Person in Ufernähe. Insp Amon Florian sah sich im Stande diese zu sichern, weshalb er selbst ins Wasser sprang. Es gelang ihm, den leblosen Körper ans Ufer zu ziehen, weshalb die Bergung und das sofortige Einsetzten der Rettungsmaßnahmen möglich war. Trotz aller Bemühungen verstarb der Mann später im Krankenhaus.

Am 2.4.2017 war es nach Räuberischem Diebstahl möglich, die zwei flüchtenden Täter festzunehmen. Die Festnahme resultiert aus der hervorragend und koordinierten Zusammenarbeit zwischen den EB des SPK Landstraße (GrInsp Haindl Peter, GrInsp Hinner Wolfgang, RevInsp Kainz Phillip, Insp Artner Wolfgang)



sowie des SPK-Innere Stadt (Insp Rabl Nadine und RevInsp Laviczka Matthias). Durch die Festnahmen konnten weitere Verbrechen aufgeklärt werden, so auch zwei schwere Raube und eine Nötigung.

Am 1.6.2017 konnte durch GrInsp Woppel, RevInsp Kolarich, GrInsp Ringhofer, RevInsp Unger, BezInsp Grabner, RevInsp Hödl, BezInsp Krones und GrInsp Sabathiel ein Täter nach Raub festgenommen werden. Dieser versuchte zunächst einer Frau die Halskette zu rauben, indem er sie gegen eine Wand drückte. Als diese jedoch zu schreien begann, ergriff der Täter die Flucht. In weiterer Folge entriss der Täter einer anderen Frau die Handtasche in einer U-Bahn Station. Als der Täter das Diebesgut sortierte, wurde dieser von einem Passanten angesprochen. Der Täter zog daraufhin ein Küchenmesser aus der Tasche und bedrohte den Passanten. Der Täter konnte durch die angeführten Kräfte nach einer Streifung angehalten und anschließend festgenommen werden. Das Diebesgut und das Messer konnten aufgefunden und sichergestellt werden. Dank und Anerkennung für die engagierte Leistung.

Am 5.6.2017 fand auf der Donauinsel die Veranstaltung "Rock in Vienna" statt. Zu Beginn der Veranstaltung wurde bekannt, dass ein "falscher Sanitäter mit einer großen Tasche" unkontrolliert das Veranstaltungsgelände betreten hat. Es wurde bereits über die Absage der Veranstaltung nachgedacht. Gegen 21.45 Uhr konnte durch die besondere Aufmerksamkeit von Kontrinsp Baumgartner, Insp Wagner, Revinsp Warenits, Insp Item und VB/S Volina der Verdächtige erkannt und angehalten werden. Dieser wollte sich den Zutritt zur Veranstaltung erschleichen. Dank der Aufmerksamkeit der Kollegen konnte das Kon-

zert anschließend planmäßig abgehalten werden.

werden.

Am 13.6.2017 fand in Wien 3., Erdbergstr. ein Trafikraub statt. Beim Eintreffen am Tatort wurde von Zeugen bekannt gegeben, dass ein Mann, welcher aus der Trafik kam, geflüchtet ist. In weiterer Folge konnte der Täter wahrgenommen werden, jedoch ergriff dieser bei der versuchten Anhaltung die Flucht. Im Zuge der Streifung wurde bekannt, dass der Täter in den Innenhof des Rabenhofes geflüchtet ist. Durch eine koordinierte Au-

Bensicherung der eingesetzten Kräfte Revlnsp Meisterhofer, Insp Gauper, Grlnsp Woppel, Revlnsp Kolarich, Revlnsp Hopf, Revlnsp Unger, Grlnsp Ringhofer, Grlnsp Tuider, Grlnsp Karner, Revlnsp Mayer, Revlnsp Knoflach, Insp Friedrich und die Besatzung von TOSKA 54 konnte der Täter in einem Stiegenhaus festgenommen werden. Die Tatwaffe und die geraubte Beute konnte sichergestellt werden. Bei dem Täter handelte es sich um einen Serientäter. Diesem konnten mehrere Fakten zur Last gelegt werden.



Stadtpolizeikommando WIEN-Josefstadt

Boris Jany



Tierischer Einsatz

siehe Faksimile

Tidie laserJohn Committee laserJohn Committee

Tierischer Einsatz für die Wiener Polizei in Alsergrund! Beamte der Inspektion Fuhrmannsgasse retteten einen jungen Turmfalken. Das Federvieh war aus seinem Nest gefallen und auf dem Fensterbrett einer Wohnung in der Wilhelm Exner Gasse gelandet. Die Ordnungshüter übergaben den Baby-Falken Pflegern des Wiener Tierschutzhauses.



Kunststoffverarbeitung und Speziallackierungen

Anton Götz Gesellschaft m.b.H.

Wiener Neustädterstrasse 81 2542 Kottingbrunn

Telefon +43 2252 75326 | Fax +43 2252 76884 Email office@goetz.at | Web www.goetz.at





SCHUBRIG

Bauunternehmung

3500 Krems, Lastenstraße 7 1010 Wien, Naglergasse 2





Defi-Einsatz nach Herzinfarkt

siehe Faksimile



Am 25.12.2016 konnten durch die Kollegen Insp Aschbacher, Insp Windisch und VB/S Andreas vier Täterinnen nach versuchtem Wohnungseinbruch festgenommen werden.

Am 26.12.2016 wurde durch RevInsp Nader und Insp Unterassinger ein bulgarischer Staatsbürger auf Grund eines europäischen Haftbefehls festgenommen und in die JA-Josefstadt eingeliefert.

Am 4.1.2017 konnten durch GrInsp Feßl und RevInsp Fries drei Täter nach gewerbsmäßigem Diebstahl festgenommen werden.

Am 7.1.2017 konnten durch BezInsp Tuller, BezInsp Edlinger, BezInsp De Bettin Padolin, Insp Reiger, Insp Unterassinger und Insp Lercher fünf Täter nach Suchtmittelhandel vorläufig festgenommen werden. Auch wurden weitere Täter angezeigt und Suchtmittel sichergestellt.

Am 13.1.2017 konnten durch Insp. Kraxner, Insp Mellauner, Insp Preuner und GrInsp Bock drei Täter nach Suchtmittelhandel festgenommen werden.

Am 15.1.2017 wurde durch die Insp Kraxner und Adlmanninger ein Täter nach räuberischem Diebstahl vorläufig festgenommen.

Am 16.1.2017 konnten durch BezInsp Edlinger, RevInsp Weinzettl, RevInsp Reumann, Insp Lercher, Insp Rieger, Insp Einwagner, Insp Kraxner und Insp Preuner sieben Täter nach Suchtmittelhandel vorläufig festgenommen werden.

Am 18.1.2017 wurden durch RevInsp Möstl zwei Täter nach Taschendiebstahl vorläufig festgenommen.

Am 20.1.2017 konnten durch den Kollegen außer Dienst, Bezinsp Putzlager, zwei Täter nach Sachbeschädigung (Fassadensprayer) beobachtet werden. Er führte die einschreitenden Kol-

legen (RevInsp Rathammer, Insp Köll und VB/S Bristela) zu den Tätern.

Wien: Defi-Einsatz nach Herzinfarkt

In der Wiener Barnabitengasse erlitt Freitagabend ein 53-Jähriger einen Herzinfarkt. Da der Mann regungslos auf dem Boden lag, begannen die beiden Uniformierten Maximilian S. (li.) und Christian W. aus der Polizeiinspektion Stiftgasse mit einer Herz-Druck-Massage. Mithilfe eines Defibrillators konnten die lebenserhaltenden Maßnahmen fortgeführt werden. Erfreulich: Dank der Defibrillatoren konnten in den vergangenen zwei Jahren bereits 90 Leben gerettet werden. KRONE, 23.7-1

Am 21.1.2017 konnte durch die Insp Köszegi und Insp Ötsch ein Täter der Geldfälschung überführt werden.

Am 25.1.2017 konnten durch die Insp Gieler, Insp Riener, Insp Kellner, Insp Hanse und GrInsp Chytil sowie BezInsp Zeller zwei Täter nach Einbruch vorläufig festgenommen werden.

Am 26.1.2017 konnten durch BezInsp Tuller, BezInsp Edlinger, RevInsp Ziegelwagner, Insp Kraxner , Insp Schweda, Insp Kalsberger, Insp Preuner, Insp Krapesch, RevInsp Leth Daniel, RevInsp Mitterwachauer, Insp Unterassinger, Insp Lercher, RevInsp Slowiak, Insp Grimm

und Insp Adlmanninger 13 Täter nach Suchtmittelhandel vorläufig festgenommen werden. Weiters wurden Suchtmittel und Bargeld sichergestellt.

Am 31.1.2017 konnte durch die Insp Windisch und Insp Karlinger ein Täter nach Einbruch in eine Werkstatt und KFZ-Diebstahl vorläufig festgenommen werden.

Am 6.2.2017 konnten durch Insp Rebekic und Insp Trimmel zwei Täter nach gewerbsmäßigem Diebstahl vorläufig festgenommen werden.

Am 7.2.2018 konnten durch BezInsp Tuller, BezInsp Zipfl, RevInsp Ziegelwagner, RevInsp Kraxner, Insp Mitterwachauer, RevInsp Handle und Insp Köszegi vier Täter nach Suchtmittelhandel festgenommen werden.

Am 9.2.1017 wurden durch Revlnsp Soljaga sowie Einsatzkräften SOKO Ost vier Täter nach Benzindiebstahl sowie anderen Delikten vorläufig festgenommen.

Am 12.2.2017 konnte nach Erhebungen von Insp Tschida und Insp Haiden ein Täter nach gewerbsmäßigem Diebstahl festgenommen werden.

Am 20.2.2017 konnte durch AbtInsp Kupper, RevInsp Bartacek, Insp Streit, Insp Nigitsch und Insp Zlattinger ein Täter des gewerbsmäßigen Diebstahles überführt und festgenommen werden.

Am 21.2.2017 konnten durch Bezlnsp Tuller, Bezlnsp Zipfl, Revlnsp Ziegelwagner, Revlnsp Stark, Revlnsp Kraxner, Revlnsp Prinz, Insp Krapesch, Revlnsp Leth, Revlnsp Mitterwachauer, Insp Unterassinger, Insp Harnisch, Revlnsp Slowiak, Insp Kalsberger und Insp Adlmanninger sechs Täter nach Suchtmittelhandel vorläufig festgenommen werden.



Am 27.2.2017 konnten durch Bezl Tuller, Bezlnsp Edlinger, Revlnsp Stark, Revlnsp Kraxner, Insp Krapesch, Insp Preuner, Insp Rieger, Insp Unterassinger, Insp Kalsberger, Insp Adlmanninger und Insp Grimm sieben Täter nach Suchtmittelhandel vorläufig festgenommen werden.

Am 3.3.2017 konnte durch RevInsp Pretsch, Insp Schmidl und VB/S Katic ein Täter nach versuchtem Mord vorläufig festgenommen werden.

Am 4.3.2017 konnten Insp Trimmel und Insp Novak einen Täter nach schwerem Raub vorläufig festnehmen.

Am 14.3.2017 konnten durch BezInsp Tuller, BezInsp Zipfl, RevInsp Schuster, RevInsp Stark, Insp Handler, Insp Krapesch, Insp Unterassinger, RevInsp Slowiak, Insp Kalsberger, Insp Mayer, Insp Köszegi und Insp Rieger drei Täter nach Suchtmittelhandel festgenommen werden.

Am 24.3.2017 konnte durch ChefInsp Muttenthaler, RevInsp Rathammer, RevInsp Brustbauer, Insp Windisch, Insp Kastl und Insp Bristela ein Täter nach Suchtmittelhandel vorläufig festgenommen werden.

Am 26.3.2017 konnten durch Insp Weinacht und Insp Kraxner zwei Täter nach Suchtmittelhandel festgenommen werden.

Am 1.4.2017 konnten durch BezInsp Tuller, RevInsp Ziegelwagner, Insp Köszegi, Insp Kraxner, RevInsp Prinz, RevInsp Reumann, Insp Krapesch, Insp Kalsberger und Insp Bristela 11 Täter nach Suchtmittelhandel vorläufig festgenommen werden.

Am 3.4.2017 konnten durch RevInsp Möstl zwei Täterinnen nach Taschendiebstahl vorläufig festgenommen werden.

Am 5.4.0217 konnte durch die Kräfte Abtlnsp Fabian, Revlnsp Fuchsbichler, Insp Proyer, VB/S Kubisch sowie Insp Löffelman und Insp Werner eine Täterin nach absichtlicher schwerer Körperverletzung nach der Tat betreten und festgenommen werden. Die Täterin ging in U-Haft.

Am 11.4.2017 konnte durch BezInsp Zingl, Insp Selle und Insp Briesch ein Täter nach gewerbsmäßigem Diebstahl vorläufig festgenommen werden.

Am 16.4.2017 konnte durch RevInsp Fuchsbichler, Insp Werner, Insp Michelitsch und Insp Winkler ein Täter nach versuchter schwerer Körperverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt vorläufig festgenommen werden. Im Zuge der AH konnte eine Hanfplantage vorgefunden werden.

Am 22.4.2017 wurden im Zuge einer Schwerpunktaktion durch BezInsp Tuller, RevInsp Stark, RevInsp Mitterwachauer, RevInsp Ziegelwagner, RevInsp Slowiak, Insp Kraxner und Insp Unterassinger sieben Beschuldigte nach Suchtmitteldelikten vorläufig festgenommen.

Am 27.4.2017 wurden im Zuge einer Schwerpunktaktion durch BezInsp Zipfl, Insp Preuner, Insp Kraxner, Insp Köszegi und Insp Eder drei Täter nach Suchtmitteldelikten vorläufig festgenommen.

Am 28.4.2017 wurden im Zuge einer Schwerpunktaktion durch BezInsp Tuller, RevInsp Ziegelwagner, RevInsp Slowiak, Insp Kraxner, Insp Rieger, Insp Kalsberger, Insp Krapesch, Insp Pazdernik und Insp Schweda sieben Täter nach Suchtmitteldelikten vorläufig festgenommen.



Sicherstellung von Suchtgift und Festnahme von zwei Tätern

Nach einer kurzen Verfolgung konnten durch RevInsp Ziya Savkli und Insp Marco Graf im Innenhof einer Wohnhausanlage zwei Täter mit Suchtgift angehalten und vorläufig festgenommen werden.

Festnahme von zwei Tätern nach Raub

Durch unkompliziertes, rasches Einschreiten konnten zwei Jugendliche durch RevInsp Markus Stampfl und Insp Stefan Moser nach einem Raub im Böhmischen Prater festgenommen werden.

Vollziehung einer Festnahmeanordnung

Auf Grund der Hartnäckigkeit von BezInsp Gerald Varga, GrInsp Franz Rieschl, RevInsp Joseph Höller, RevInsp Lukas Kaiser, Insp Christian Bergauer, Insp Marco Graf, Insp Stefan Milanovich, Insp Patrick Strohmeyer, Insp Harald Biribauer, Insp Markus Egerer, Insp Markus Gaisbauer, Insp Lukas Kopp, Insp Marc Romano,





RevInsp Andreas Mikulits und wRevInsp Bettina Milak konnten mehrere Täter ausgeforscht und auf Grund einer Festnahmeanordnung der StA Wien vorläufig festgenommen werden.

Festnahme nach absichtlich schwerer Körperverletzung

Der Hartnäckigkeit und Aufmerksamkeit der Kollegen Insp Christian Bergauer, Insp Rene Ronnweber und wVB/S Jessica Fischer ist es zu verdanken, dass ein Täter festgenommen werden konnte, der drei Tage zuvor einem Mann mit einem Messer mehrere Schnittwunden zugefügt hatte und anschließend geflüchtet war.

Festnahme eines Täters nach ED auf Baustelle

Auf Grund der sehr guten Zusammenarbeit am Tatort konnte durch Insp Michael Friedrichkeit, Insp Manuel Grandits, Insp Patrick Manseder und Insp Lukas Kopp nach kurzer Verfolgung ein Täter, der in eine Baustelle eingedrungen war, festgenommen werden.

Auf frischer Tat

Ein Täter, der 15 Kellerabteile aufgebrochen und die gestohlenen Gegenstände zum Abtransport vorbereitet hatte, wurde durch Insp Christoph Holzgruber, Insp Admir Salihovic und VB/S Ivan Schaurhofer noch am Tatort festgenommen und die Gegenstände dem Geschädigten übergeben.

Lebensrettung durch DEFI-Einsatz

Einem bereits reglosen und nicht ansprechbaren Mann konnte durch den raschen und effizienten Einsatz des Defibrillators durch die Kollegen Insp Kevin Strohmeyer und Insp Stefan Moser das Leben gerettet werden.

Lebensrettung nach Brand

Dem unbürokratischen und schnellen Handeln von Bezinsp Mario Bennier und Insp Stefan Laller verdankt ein Mann sein Leben, der eingeschlafen war und einen Topf am Herd stehen ließ.

Sicherstellung von Suchtgift und anschließende Festnahme

Im Zuge eines Planquadrates konnten durch Oberst Johann Wlaschitz, BezInsp Lukas Draxler, BezInsp Christian Zinggl, GrInsp Christian Fencz, RevInsp Michael Fasching, RevInsp David Lehrner, RevInsp Sascha Lehrner, Insp Christoph Holzgruber und VB/S Michael Friedrich zwei Personen festgenommen und eine größere Menge an Suchtgift sichergestellt werden.

Aufgriff eines freilaufenden Hundes

Nur durch das geschickte und umsichtige Handeln von Insp Markus Zwerina, Insp Mark Vollmeier, wlnsp Isabella Stummer und wlnsp Lisa Fajtl konnte ein freilaufender Hund eingefangen und unverletzt wieder seinem Besitzer zurückgegeben werden.

Festnahme bei Lokalkontrolle

Im Zuge eines Planquadrates wurde eine Personen- und Lokalkontrolle durchgeführt. Dabei konnten durch Oberst Johann Wlaschitz, AbtInsp Thomas Haidegger, GrInsp Alexander Heindl, RevInsp Sascha Lehrner, wRevInsp Martina Perchinig, Insp Verdat Cicek, wInsp Carmela Piskur-Trefelik und Insp Manuel Zeugner drei Personen festgenommen und eine größere Menge an Suchtgift sichergestellt werden.

Festnahme nach Messerstich

Durch umsichtiges und professionelles Handeln konnte eine Täterin durch Insp Stefan Laller und Insp Robert Nickel nach einem versuchten Mord unmittelbar nach der Tat noch am Tatort vorläufig festgenommen werden.

Vorführung zum Strafantritt

Durch umfassende Vorerhebungen und einer gezielten Schwerpunktaktion von Ktrlnsp Johann Tarrody, Grlnsp Alois Dully, Grlnsp Horst Pamer, Insp Philip Hörist und Insp Philipp Kerschner konnte ein Beschuldigter, der einen offenen Strafbetrag von Euro 133.122, 57.- nicht bezahlen wollte, ausgeforscht, angehalten und festgenommen werden.





KFD in Aktion

Dem KFD-Meidling (GrInsp Wonka, wRevInsp Gaderer, RevInsp Kosch und RevInsp Vogl) gelang es bei einer Amtshandlung, bei der eine illegale Person außer Landes gebracht werden sollte, drei weitere illegale Personen festzunehmen, die 136 Baggies Marihuana und gefälschte 100.- Euroscheine mit sich führten.

Doppel - Selbstmordversuch

Einen solchen konnte die Besatzungen des L/5 (Insp Scherzer/Insp Folta) und L/1 (BezInsp Aschauer/RevInsp Szakasits) verhin-



AUBORA VACATION Reisebüro GmbH

Renngasse 2 2542 Kottingbrunn Tel. 02252 / 251 231 Fax DW 15 Wr. Neustädterstrasse 10 2514 Traiskirchen Tel. 02252 / 260 280



Unseren Kunden in Wien bieten wir auch unser Mobiles Reisebüro an! Wir kommen gerne zu Ihrer Dienststelle* oder auch zu Ihnen nachhause!

Mobiles Reisebüro: 0676 / 69 06 123 oder ontour@aubora.at

* Einverständnis des Dienstgebers/Vorgesetzten vorausgesetzt

www.aubora.at • office@aubora.at



dern. Zwei Mädchen versuchten sich mittels Medikamenten das Leben zu nehmen, beide wurden bereits bewusstlos vorgefunden. Nach Leisten der Ersten Hilfe konnten sie lebend ins Krankenhaus verbracht werden.

Spinnenfänger

Die Kollegen Insp Kroneiser und Insp Mathlouthi sowie VB/s Malle Patrick konnten die Spinne einfangen. Siehe Faksimile.



wurden Einheiten dorthin versandt, die zuständigen Stellen verständigt und via Wiener Linien ein Lichtbild der Verdächtigen in kürzester Zeit ermittelt. Durch das sofortige Einleiten der Erstmaßnahmen durch ihn und der Kollegin BezInsp Regatschnig konnten am Bahnhof zwei verdächtige Personen festgenommen und ein möglicher Anschlag verhindert werden.

Marihuana-Plantage

Eine Plantage im großen Stil konnte die Funkwagenbesatzung L/3 (RevInsp Edl und BezInsp Pollak) ausfindig machen. Die Vielzahl der Pflanzen konnten nur mit Hilfe einiger Kollegen gerodet und in Müllsäcken sichergestellt werden.

Libelle entdeckt Einbrecher

Die Besatzung des Stkw L/2 (Pregl, RevInsp / Dämon, Insp / Furherr VB/S) wurde von der LLZ zu einem ED beordert. Der Täter war durch das Kellerfenster in das Haus gelangt, allerdings anschließend geflüchtet. Durch ein Loch im Zaun gelangte er auf das Nachbargrundstück und versteckte sich unter einem Strauch. Mit Unterstützung der Libelle FLIR konnten die Kollegen der Stkw Tasso 2, L/6 (Buchinger, Insp / Stadlmann, Insp) und L/7 (Tröszter, BezInsp) diesen festnehmen.

Gewerbsmäßige Ladendiebe

Kollegin Glinserer, Insp und Kollege Buttinger, Insp der PI Huflandgasse war es möglich, zwei georgische Ladendiebe festzunehmen. Diese hatten in den letzten Wochen mehrfache Diebstähle begangen. Des Weiteren gab es betreffend dieser Personen mehrfache bundesweite Mitfahndungsersuchen verschiedenster Dienststellen. Auf der Meidlinger Hauptstraße konnten sie, nach Begehung weiterer Diebstähle, festgenommen werden. Bei der Personsdurchsuchung wurde wieder Diebesgut vorgefunden.





Tierische Rettung Siehe Faksimile



Der Wachhabende Insp Mayer wurde von einer Partei informiert,



Tierische Rettung: Gruppeninspektorin Mariella M. entdeckte einen Baby-Falken in Wien-Währing und rettete ihm das Leben. Unverletzt, aber noch nicht flugfähig, kauerte der König der Lüfte auf dem Gehsteig jetzt wird er aufgepäppelt.

Bombenanschlag





Stadtpolizeikommando

WIEN-Brigittenau

Franz Fichtinger



WOHNUNGSBRAND, 11 verletzte Personen aus dem Wohnhaus gerettet

BezInsp Fechtig und die Stkw-Besatzungen T/5 (RevInsp Idinger und Insp Bittmann), T/4 (wRevInsp Müller, RevInsp Kögl) sowie T/1 (Insp Enne und Insp Huber) mussten auf Grund eines Wohnungsbrandes ein Wohnhaus am Donaukanal evakuieren. Dabei gelang es den Kollegen, insgesamt 11 verletzte Personen aus dem brennenden Haus zu retten und sie bis zum Eintreffen des RD erst zu versorgen.

Lebensrettung auf der Donau

Unsere beiden Kollegen von der Schifffahrtspolizei, Insp Kamehl und Insp Rudolf, konnten einem amerikanischen Touristen durch eingeleitete Wiederbelebungsmaßnahmen das Leben retten. Der Mann war Gast auf einem Schiff und brach bewusstlos am Schiff zusammen. Durch das engagierte Einschreiten gelang es, den Mann wiederzubeleben. Tolle Leistung!!!!

Vergewaltigung, Täter unmittelbar nach der Tat festgenommen

RevInsp Chochola Stephan, RevInsp Suritsch Thomas und VB/S Klenner Alexander konnten am 12.6.2017 am Praterstern auf Grund eines Mitfahndungsersuchens einen polnischen Täter nach einer auf der Donauinsel verübten Vergewaltigung anhalten und festnehmen. Gratulation für die beiden aufmerksamen Kollegen der PI Lassallestraße!

Selbstmord verhindert

Insp Nöckler Hannes, Insp Dinter Dominik und VB/S Lauber Anna konnten eine lebensmüde Frau am Geländer eines Balkons wahrnehmen, die ihren Suizid ankündigte. Den Kollegen gelang es nach gewaltsamer Öffnung der Wohnungstüre die Frau vom Balkongeländer zurückzuziehen und vor dem Selbstmord zu bewahren.

Banküberfall

BezInsp Fichtinger Florian, RevInsp Ried Anna-Mariella und Insp Winter Manuel begaben sich nach einem bewaffneter Raubüberfall auf die Bank-Austria Filiale in der Millenniumscity auf kürzestem Weg Richtung Tatort, wo sie in der Engerthstraße ONr. 58A eine verdächtige männliche Person wahrnehmen konnten. Beim Ansichtig werden der EB nahm der Mann eine überraschende Richtungsänderung vor, die schließlich zu einer Flucht ausartete. Der Täter konnte nach Abgabe eines "Schreckschusses" angehalten und durch die Mitführung der Beute, einer Sturmhaube, Handschuhe und einer Gaspistole des bewaffneten Banküberfalles überführt werden. Tolles Engagement der Kollegen der PI Vorgartenstraße!

Lebensrettung II

Insp Pichler, Insp Mattheis, Insp Haberl und Insp Schöller erhielten einen Einsatz wegen einer Person, die Selbstmord angekündigt hatte. Nach Sachverhaltsklärung konnte die betreffende Person auf der Reichsbrücke am Geländer wahrgenommen werden. Durch gegenseitige beruhigende Ansprache konnte

die Person ergriffen und vom Geländer zurückgezogen werden. Gratulation für die erfolgreiche Lebensrettung.

Lebensrettung III

RevInsp Wöhrer, Insp Rudolf und Insp Kamehl konnten einer Person das Leben retten, die sich in selbstmörderischer Absicht von der Floridsdorfer Brücke in die Donau gestürzt hatte. Die Kollegen der PI Handelskai konnte die Person im Wasser treibend antreffen. Durch die Strömung konnte die Person nicht ins Boot gezogen werden, somit fasste Insp Rudolf den Entschluss, selbst in die Donau zu springen. Er konnte die Person erfassen und gemeinsam mit seinen Kollegen auf das Polizeiboot ziehen. Gratulation für die mutige und tapfere Entscheidung!

Trickbetrügerin festgenommen

GrInsp Thalhammer kam einer Serientäterin auf die Schliche, welche in Bars und Nachtlokalen ältere Herren ansprach, diese betrunken machte und in der Folge bei einer Bargeldbehebung am Bankomat deren PIN-Code ausspähte. Danach erfolgte zeitnah der Diebstahl der Bankomatkarte und darauf zahlreiche Behebungen bis zum Limit. Der Beschuldigten konnten insgesamt 12 Taten zugeordnet werden, Festnahmeauftrag wurde erlassen. In weiterer Folge konnten Cheflnsp Reiner und Cheflnsp Scheifinger die Frau im Zuge einer Schwerpunktstreife anhalten und festnehmen. Toll gemacht!



73-jähriger verdankt Polizei-Defi sein Leben

Siehe Faksimile auf der nächsten Seite



Nordafrikanische Trickdiebe festgenommen

Durch die zEB der AGM Am Hauptbahnhof wRevInsp Schleinzer, Revl Huber, Revlnsp Knebel, Revlnsp Ardacker, Insp Pista und RevInsp Kern konnten zwei nordafrikanische Täter beobachtet werden, wie diese in typischem Verhalten sich offensichtlich um potentielle Opfer im Bereich eines Reisezuges am Bahnsteig umsahen. Auch stieg ein Verdächtiger in den Reisezug und verließ diesen anschließend wieder. Der zweite Verdächtige blickte sich währenddessen offensichtlich um etwaige Exekutivbeamten um. Nachdem die Verdächtigen offensichtlich den Bahnsteig verlassen wollten, konnten diese angehalten werden. In Folge konnte bei einem der Verdächtigten Diebesgut vorgefunden werden, wobei der Tatzeitpunkt bereits Tage zurück lag. Auch konnten im Zuge der Ermittlungen weitere Fakten zugeordnet werden. Gegen einen der Beschuldigten wurde die Untersuchungshaft verhängt, die weitere Amtshandlung führte das LKA Wien. Die andere Person wurde nach den Bestimmungen des BFA-VG festgenommen.



Defis retten jeden dritten Tag ein Menschenleben

345 erfolgreiche Einsätze in drei Jahren

Privater Verein Puls stattet Polizei mit Defibrillatoren aus Spendengeld aus.

Wien. Der Verein Puls ist eine ehrenamtliche Institution, die sich dem Kampf gegen den plötzlichen Herztod verschrieb und einen extrem rührigen Vorsitzenden hat: Landtagspräsident Harry Kopietz hat vor drei Jahren damit begonnen, Spenden zu "schnorren" - und schaffte es, dass seither Streifenwagen und Fahrradpolizisten in Wien fast flächendeckend mit Defibrillatoren ausgestattet werden.

Im Gespräch mit ÖSTER-REICH zieht Kopietz jetzt eine Erfolgsbilanz seiner Aktion: "Ich danke den Einsatzkräften der Wiener



Polizei für ihr großes Engagement und freue mich, dass es gelungen ist, so vielen Menschen das Leben zu retten.

345 Menschenleben mit **Puls-Defis gerettet**

Bilanz. Immerhin wurden in den drei lahren des Bestehens des Vereins 345 Menschenleben durch den Einsatz der gratis zur Verfügung gestellten Defis. die jetzt auch verstärkt bei anderen Institutionen im öffentlichen Raum platziert werden sollen, in buchstäblich letzter Sekunde gerettet.

Zur Finanzierung der umfangreichen Ausbildungsmaßnahmen und weiterer Defis sucht der Verein nun weitere Unterstützer und Sponsoren immerhin kostet ein Defibrillator in der Anschaffung 1.200 Euro, das Ersatzmaterial nach jedem Einsatz schlägt mit 150 Euro zu Buche, Infos und Spenden an: www.puls.at

Person mit beträchtlicher Menge Suchtmittel festgenommen

Durch die RevInsp Kern und Zeller, beide EB der PI AGM Am Hauptbahnhof, konnte im Zuge der AGM-Streife im U-Bahnbereich Südtiroler Platz eine verdächtige Person kontrolliert werden. Die Person führte einen Rucksack mit sich und wurde aufgefordert diesen zu öffnen. Beim Öffnen des Rucksackes konnte Cannabisgeruch wahrgenommen werden, woraufhin der Verdächtige die Flucht ergriff. Noch im U-Bahnbereich konnte dieser schließlich durch RevInsp Zeller angehalten und fixiert werden. Im Rucksack konnte eine beträchtliche Menge an Suchtmittel vorgefunden werden. Die Abgabe in den Arrest erfolgte und die weitere Amtshandlung übernahm das LKA AST SÜD.

Donaustädter Polizisten als Retter

73-Jähriger verdankt Polizei-Defi sein Leben

Polizisten stabilisierten einen Mann dank Defibrillator und Herzdruckmassage.

Donaustadt. Dramatische Szenen spielten sich am Wochenende im 22. Wiener Gemeindebezirk ab. Nachdem ein 73-jähriger Mann in seinem Bett nicht mehr ansprechbar war und keine Vitalfunktionen mehr zeigte, tätigte dessen Lebensgefährtin einen Notruf.

Rettung. Beamte der Polizeiinspektion Wagramer Straße reagierten schnell, leiteten lebensrettende Sofortmaßnahmen mit Herzdruckmassage und Defibrillator ein und kümmerten sich bis zum Eintreffen der Rettung um den Mann. Die Berufsrettung brachte ihn in ein Krankenhaus.

Verein Puls. Einsatzfahrzeuge der Polizei können



Die Lebensretter in Uniform.

innerhalb weniger Minuten praktisch an jedem Ort Wiens sein.

Deshalb werden die Streifwagen dank einer Zusammenarbeit des Vereins "Puls" mit der Landespolizeidirektion Wien Schritt für Schritt mit Defibrillatoren ausgestattet und die Beamten geschult, um den plötzlichen Herztod zu bekämpfen. Dadurch konnten in Wien bereits 347 Leben gerettet werden.

Flüchtiger Strafgefangener wieder erkannt und festge-

Durch Insp Ofner und RevInsp Kern konnte im Bereich Keplerplatz ein Verdächtiger, zu welchem ein Mitfahndungsersuchen als flüchtiger Strafgefangener aus dem Jahr 2016 auflag, wieder erkannt und angehalten werden. Er wurde festgenommen und der JA eingeliefert.

Unbekannter Taschendieb zu mehreren aufliegenden Mitfahndungsersuchen wieder erkannt

Von RevInsp Kern konnte am 12.7.2017 im Zuge des Streifendienstes ein Verdächtiger aufgrund div. Mitfahndungsersuchen wieder erkannt werden. Zum Abgleich der Fahndungsbilder wurde der Verdächtige auf die nächste PI eskortiert. Nach positivem Lichtbildabgleich wurde dieser zu den Sachverhalten vernommen. Der Verdächtige wurde in zumindest sieben Fällen des teils qualifizierten Diebstahls glaubwürdig der Täterschaft beschuldigt, wobei sich dieser dazu selbst geständig zeigte. Der Beschuldigte stahl in allen Fällen Hand/Umhängetaschen, welche die Opfer in jenem Moment unbeaufsichtigt gelassen hatten. Weitere Amtshandlung durch das LKA

Gefahndetes Fahrzeug nach Ortung in Bruck an der Leitha sichergestellt

Grinsp Petschk konnte von einem österr. Kollegen des Frontexpool, welcher sich zu diesem Zeitpunkt in Szeget, Grenzübergang RÖSZKE befand informiert werden, dass eine Peilung zu einem in Hamburg gestohlenen Mercedes S350d vollzogen wird und sich das Fahrzeug durch Österreich Richtung Ungarn bewegen sollte. Das Fahrzeug konnte in Folge in Bruck an der Leitha nächst einem Hotel erneut geortet werden. Die zEB Petschk Walter, GrInsp, Payrits Thomas, GrInsp, Bittenauer Isabella, RevInsp, Kern Rainer, RevInsp, Kappel Jacqueline, Insp/ GFP, Barnet Ma-



thias, Insp/GFP begaben sich nach Zuteilungsverfügung und erfolgter tel. Rücksprache mit den zuständigen Dienststellen mittels zStkw an die entsprechende Adresse, um den Hinweis zu verifizieren. Dort konnte das Fahrzeug am Hotelparkplatz wahrgenommen werden. Aufgrund der Abstellörtlichkeit bestand der Verdacht, dass sich der Lenker noch im Hotel befinden könnte. In Folge wurde eine Observierung des Fahrzeuges mit Unterstützung der EGS NÖ durchgeführt. Da bei der Observierung keine verdächtige Person wahrgenommen werden konnte, erfolgte die Rücksprache mit der Rezeption des Hotels. Der Fahrzeuglenker befand sich jedoch nicht mehr im Hotel. Laut Angaben des Hotelverantwortlichen hätte dieser angegeben, dass Fahrzeug demnächst abholen zu wollen. Sicherung des Fahrzeuges erfolgte, Wert des sichergestellten Kfz: ca. EUR 100.000.-

Festnahme von drei weiblichen Täterinnen nach Einbruchdiebstahl

Durch RevInsp Szaga-Doktor und RevInsp Schlosser Roman konnten nach einem gualifizierten Hinweises drei Täterinnen wahrgenommen werden, welche offensichtlich gerade versuchten in ein Wohnhaus einzudringen. Nachdem die ausführende Täterin sich wieder aus dem Haus entfernte, konnten diese durch die angeführten EB angehalten werden. Dabei konnten bei den weiblichen Täterinnen im Dekolleté die Spitze eines Schraubendrehers wahrgenommen werden. Unter Beiziehung einer weiblichen Beamtin konnte schließlich bei den mitgeführten Damenhandtaschen diverser Schmuck und weiteres Werkzeug vorgefunden werden. Unter anderem konnte eine Geldbörse mit Ausweisen ebenfalls sichergestellt werden. Bei einer Rückfrage mit dem Inhaber konnte schließlich ein weiterer kurz zurück liegender Einbruch im 7. Bezirk zugeordnet werden. Das dort entwendete Diebesgut konnte schließlich zur Gänze wieder ausgefolgt werden. Die weitere Amtshandlung erfolgte durch das LKA AST Mitte.

Gewerbsmäßige Ladendiebe im Zuge des AFA-Planquadrates festgenommen

Durch die EB Obstlt Steiner Stefan, GrInsp Grünstäudl Alexander, wAbtlnsp Reuter Martina, RevInsp Kern Rainer, RevInsp Zeller Christian, Insp Pelz Dominik und Insp/GFP Berndorfer konnten im Bereich Graben zwei verdächtige Personen wahrgenommen werden, welche sich offensichtlich in verabredeter Verbindung in die dort etablierte Drogeriefiliale begaben. Im Zuge einer durchgeführten Observation konnte festgestellt werden, dass eine der Verdächtigen diverse Parfümerieartikel in den Händen hielt, diese jedoch bei der Kasse nicht bezahlte. Die Verdächtigen wur-

Autohaus

Service
Serv

den schließlich nach Verlassen des Geschäftes angehalten und es konnten in einer präparierten Umhängetasche diverse Kosmetikartikel und Parfums vorgefunden werden. Weiters waren die Beschuldigten im Besitz eines offensichtlichen Einkaufszettels und dürften organisiert über Auftrag Parfums und Kosmetikartikeln entwenden. Weitere Amtshandlung erfolgte durch den Kriminaldienst des SPK 1.

Taschendieb auf frischer Tat betreten und festgenommen

Durch die EB Obstlt Steiner Stefan, GrInsp Grünstäudl Alexander, wAbtInsp Reuter Martina, RevInsp Kern Rainer, RevInsp Zeller Christian, Insp Pelz Dominik und Insp/GFP Berndofer konnte im Zuge des AFA-Planguadrates im Bereich Schwedenplatz eine verdächtige Person wahrgenommen werden, nach welcher zu diversen Mitfahndungsersuchen eine Fahndung bestand. Diese konnte mit diversen Taschendiebstählen in Verbindung gebracht werden. Aufgrund des vorliegenden Sachverhaltes wurde der Verdächtige unter Observation gestellt und konnte schließlich im 2. Bezirk auf frischer Tat bei einem Taschendiebstahl betreten werden. Als der Beschuldigte die einschreitenden EB kurz vor dem Zugriff bemerkte, versuchte dieser zu flüchten und konnte schließlich durch RevInsp Kern und GrInsp Grünstäudl angehalten und fixiert werden. Die zuvor entwendete Handtasche konnte aufgefunden und dem Opfer, welcher den Verlust noch nicht bemerkt hatte, wieder ausgefolgt werden. Der Beschuldigte wurde festgenommen und die weitere Amtshandlung durch das LKA übernommen.

Beschuldigter nach Trickdiebstahl, Ladendiebstahl und Erschleichung einer Leistung festgenommen

Durch die zEB GrInsp Grünstäudl Alexander, GrInsp Höferer Christine, RevInsp Zeller Christian, Insp/GFP Berndorfer Jan, Insp/GFP Götz Tassilo sowie AbtInsp Reuter Martina konnte im Rahmen des AFA-Planquadrates eine männliche Person in Wien 2., Am Riesenradplatz, wahrgenommen werden, als er ein für Taschenbzw. Trickdiebe tätertypisches Verhalten an den Tag legte. Diese verdächtige Person konnte im Zuge einer weiteren Observation dabei beobachtet werden, wie dieser bei einem Trickdiebstahl ein Mobiltelefon erbeute, in einem Souvenirshop im Prater diverse Artikel aus einer Vitrine entwendete und schlussendlich bei einem Fahrbetrieb das automatische Drehkreuz überkletterte, um so in den Fahrbetrieb zu gelangen. Nach dessen Anhaltung konnten noch weiteres Diebesgut sichergestellt werden. Der Beschuldigte wurde vorläufig festgenommen. Die weitere Amtshandlung wurde durch den zuständigen Kriminaldienst übernommen.

Taschendieb bei versuchtem Diebstahl auf frischer Tat betreten und festgenommen

Durch GrI Grünstäudl Alexander, wAbtInsp Reuter Martina, RevInsp Zeller Christian, Insp Pelz Dominik und Insp/GFP Berndorfer konnte im Zuge des zivilen Fuß-Streifendienstes im Rahmen eines AFA-Planquadrates unter der Leitung des Obstlt Steiner in Wien 2., Riesenradplatz 6 vor dem Praterdom ein Verdächtiger wahrgenommen werden, welcher offensichtlich durch eine Zeugin des versuchten Taschendiebstahles durch Aufzippen der Handtasche bezichtigt wurde. Da der Verdächtige den einschreitenden EB aufgrund aufliegender Mitfahndungsersuchen zu ähnlich gelagerten Delikten bekannt war und auch gegen diese mehrere Mitfahndungsersuchen auflagen, wurde dieser angehalten und vorläufig festgenommen. Die weitere Amtshandlung wurde durch das LKA übernommen.



Taschendiebe im Zuge des AGM-Dienstes wieder erkannt und festgenommen

Durch die RevInsp Kern, Knebel und Prossegger konnten zwei Verdächtige im Bereich des Pratersternes wahrgenommen werden, gegen welche mehrfache Mitfahndungsersuchen zu diversen Taschendiebstählen bestanden. Die Verdächtigen konnten angehalten und in die PI Lassallestraße verbracht werden. Dort konnten die bis dato unbekannten Beschuldigten mit über 8 Fällen, vorwiegend in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Verbindung gebracht werden. Der verständigte STA ordnete die Festnahme an. Die weitere Amtshandlung erfolgte durch das LKA AST OST.

Zigarettenschmuggler am Hauptbahnhof mit über 30.000 Zigaretten

Durch Revinsp Kern und Revi Prossegger konnten am Hauptbahnhof zwei ukrainische Staatsbürger nach vermutlicher Einreise ins Bundesgebiet kontrolliert werden, wobei diese in ihrem Reisegepäck 150 Stangen – sprich 30.000 Zigaretten - transportiert hatten. Die Amtshandlung wurde vom Zoll übernommen. Die beiden Personen wurden nach den fremdenrechtlichen Bestimmungen festgenommen.



Am Freitag, 11. August, erwischte die Fremdenpolizei am Wiener Hauptbahnhof zwei Ukrainer mit 150 Stangen Zigaretten.







Bei einer Kontrolle der Fremdenpolizei sind Freitagfrüh, 11. August, zwe Ukrainer am Hauptbahnhof in Wien erwischt worden. Die Männer (31 und 46) hatten nicht weniger als 150 Stangen Zigaretten, was 30.000 Glimmstångeln entspricht, im Gepäck. Die Polizei hat den Verdacht, dass die Schmuggler bereits mehrfach Fahrten





Landesverkehrsabteilung WIEN

Leopold Wittmann



Lenker mit gestohlenen Kennzeichen, ohne Lenkerberechtigung und unter Drogeneinfluss

Am 17.6.2017, gegen 00.20 Uhr, hielten Insp Strecker Marcus und GrInsp Daucher Herwig von der Landesverkehrsabteilung in Wien 10, Triester Straße 38 einen blauen VW Golf mit Wiener Kennzeichen an. Im Zuge der Lenker- und Fahrzeugkontrolle und einer intensiven Befragung stellten die Beamten fest, dass die Kennzeichen kurz zuvor gestohlen worden waren. Der Lenker des Fahrzeuges hatte keine Lenkberechtigung und er stand unter dem Einfluss von Drogen. Die Kennzeichen wurden dem Besitzer, welcher den Diebstahl noch nicht bemerkt hatte, wieder ausgefolgt.

Sicherstellung eines in Deutschland entfremdeten PKW, Festnahme nach § 120/1a FPG

Am 7.8.2017, gegen 22.00 Uhr, wurden von Cheflnsp Wassermann Michael und GrInsp Scheinhart Peter-Heinz in Wien 22, A 23 zwei Fahrzeuge, ein Renault Espace mit Panne und ein BMW 440 i Cabrio, weiß lack., wahrgenommen.

Bei der Lenker- und Fahrzeugkontrolle konnten folgende Verwaltungsübertretungen und strafrechtliche Delikte festgestellt

- a) An beiden Fahrzeugen fehlte die Vignette Mauteinhebung in Höhe von EUR 240.- erfolgte durch ASFINAG TM2
- b) Der Lenker des BMW, er hatte keinen Wohnsitz im Bundesgebiet, konnte nur einen kirgisischen Führerschein vorweisen
- c) Der Lenker des Renault Espace befand sich im Bundesgebiet trotz Aufenthalts- und Einreiseverbot - Festnahme § 40 BFA –VG nach Rücksprache BFA Journal – Direkteinlieferung Überstellung PK 22
- d) Der PKW BMW 440 i (deutsches Kennzeichen), Wert ca. EUR 75.000.-, war als in Deutschland gestohlen (Entfremdung) ausgeschrieben

Sicherstellung nach Rücksprache mit Staatsanwaltschaft, Anzeige gegen den Lenker auf freiem Fuß. Abklärung der Aufenthaltsrechte via BFA erfolgte.

Das Fahrzeug wurde in das PK Donaustadt überstellt und in der Garage gesichert abgestellt. Das Fahrzeug wurde laut Lenker am







16.6.2017 in München angemietet, jedoch weder bezahlt, noch zum vereinbarten Termin retourniert.

Vereinbarte Monatsmiete: 1.934 Euro – Kaution 3000.-. Euro – keine Bezahlung, da angegebene Visa-Kreditkarte ohne Deckung.



Bundeskriminalamt

Roman Idinger



Soko Schmuckraub: Tatverdächtiger festgenommen

Polizisten der Sonderkommission, die zur Ausforschung eines Täters mehrerer Raubüberfälle auf ältere Frauen in Graz eingesetzt waren, ermittelten, dass der Tatverdächtige, ein 31-jähriger Rumäne, in sein Heimatland zurückgekehrt war. Die Zielfahndung des Bundeskriminalamtes (BK) übernahm die internationale Fahndung und band alle Partner des Europäischen Zielfahndungsnetzwerks (European Network of Fugitive Active Search Teams – ENFAST) – und insbesondere FAST (Fugitive Active Search Team) Rumänien – in die Fahndung ein. Auch die österreichische Verbindungsbeamtin in Bukarest beteiligte sich an der Amtshandlung. Nach umfangreichen Ermittlungen gelang es, den Tatverdächtigen am 3. August 2017 in Bukarest festzunehmen. Über eine Auslieferung nach Österreich entscheidet das Gericht in Bukarest.

50 Autodiebstähle geklärt

Nachdem es seit April 2017 in Wien vermehrt zu Autodiebstählen gekommen war, führten Ermittler der "SOKO Kfz" des Bundeskriminalamtes (BK) in Zusammenarbeit mit Bediensteten der Polizeiinspektion Nickelsdorf AGM sowie kroatischer und serbischer Behörden Ermittlungen durch, bei denen vier verdächtige Männer ausgeforscht wurden.

Die vier Verdächtigen im Alter zwischen 34 und 46 Jahren konnten am 13. Juli 2017 unmittelbar nach dem Diebstahl zweier Autos aus einer Tiefgarage in Wien-Meidling festgenommen werden. Bei einer Hausdurchsuchung in Wien-Margareten stellten die Ermittler eine Vielzahl an Beweismittel sicher, unter anderem Computer, Drucker und Fahrzeugschlüssel. Zwei gestohlene Autos konnten an die Eigentümer ausgefolgt werden. Derzeit können den Männern mindestens 50 Kfz-Diebstähle in Wien nachgewiesen werden.



Landespolizeidirektion

Niederösterreich

Martin Noschiel



38 Einbrüche in Fahrkartenautomaten geklärt

Polizisten des Landeskriminalamts Niederösterreich, Ermittlungsbereich Diebstahl, forschten eine 30-jährige Frau und zwei Männer im Alter von 28 und 29 Jahren aus Rumänien aus, die verdächtigt werden, seit März 2017 38 Einbrüche in Fahrkartenautomaten auf 29 Bahnhöfen in Niederösterreich, Oberösterreich und Wien begangen zu haben. Der Gesamtschaden beträgt

352.000 Euro. Die Verdächtigen konnten am 7. Juli 2017 nach einem Einbruch am Bahnhof Purkersdorf festgenommen werden. Dabei wurde Einbruchswerkzeug und ein vierstelliger Eurobetrag sichergestellt.

International agierende Einbrecher ausgeforscht

Ermittler des Landeskriminalamtes Niederösterreich forschten in Zusammenarbeit mit Polizistinnen und Polizisten des Bundeskriminalamts sowie der örtlich zuständigen Polizeiinspektionen zwei Männer im Alter von 37 und 39 Jahren aus Polen aus, die im Verdacht stehen, Einbruchsdiebstähle in Reitsportanalagen in Niederösterreich begangen zu haben. Insgesamt erbeuteten die Verdächtigen dabei 118 Reit- und Springsättel im Gesamtwert von 300.000 Euro. Den beiden Männern konnten auch vier Einbruchsdiebstähle in Reitsportanalagen in Deutschland mit einer Schadenssumme von 130.000 Euro nachgewiesen werden. Der 37-Jährige wurde bereits am 17. August 2016 in Berlin in Deutschland festgenommen und am 7. September 2016 nach Österreich ausgeliefert. Er zeigte sich bei der Vernehmung geständig. Am 10. Oktober 2016 wurde der 39-Jährige in Krackow in Deutschland festgenommen. Der Mann befindet sich derzeit in Auslieferungshaft.



Landespolizeidirektion **Vorariberg**

Gebhard Bickel



Familie vor Ertrinken gerettet

Polizisten bargen Mann Kind (12) drohte von Flut weggerissen zu werden: Familie vor Ertrinken gerettet Mutige Lebensretter! Mitten in der Bregenzer Ache kämpflen drei Erwachsene und ein Kind (12) um ihr Lekämpflen drei Erwachsene und ein Kind (12) um ihr Lekämpflen drei Erwachsene und ein Kind (12) um ihr Lekämpflen drei Erwachsene und ein Kind (12) um ihr Lekönden ausgezogen, und allerer die Erwachsenen stemmen.

nen. Die kleine Schar war durch das kalt-tosende Wasser schon völlig paralysiert, ehe sie im letzten Momentor den Ertriaken gerettet werden konnte. Auch in salzburg wurde ein Mann dem nassen Tod entrissen. Sofori stürzten sich die um sein Leben kämpfenden deiden Sakzburger Politissen. Mann erhöckten. Wir den den der Sakzburger Politissen.

Sofori stürzten sich die um sein Leben kümpfender den Salzburger Polizisten Mann erblickten, "Wir ha die Salzach, als sie einen ben uns unsere Waffenglirte



schuhe nusgezogen, und chon waren wir im kalten Asss", schildern die beiden Hundeführer. Mit vereinten Gräften wurde das Opfer ans Jer gezerri.

Oler gezerri.
Nicht minder geistesgegenwärtig und mutig handelten Vorariberger Wasserretter, Nur Minuten nachdem sie ein Radfahrer auf die
Notlage einer Grappe in der
Bregenzer Ache aufmerksam
gemacht hatte, waren die

illerietzer Minutel Denn lie Erwacheem stemnten ich mit einem Kind verzweisel gegen die tosenden Wastermassen und komtten wie mit der Strömmag weder vor toch zurück. Zusätzlich wirkte die Kälte geradeze ahmend und ein Not Gersonen. Die mutmaßlicher warden war unterkühlt, aber unverstat gelorgen.



Lebensretter Karl Lamprechts und Bernhard Brüggler (L.). In der Bregenzer Ache Johen) drohte eine Grunne zu ertrinken.

Werte Kolleginnen und Kollegen!

In unserer Rubrik "Wir bitten vor den Vorhang" findet sich nur eine kleine Auswahl von herausragenden Amtshandlungen. Sie stehen stellvertretend für die ausgezeichnete Arbeit, die von jeder Kollegin und jedem Kollegen täglich unter meist schwierigsten Bedingungen geleistet wird. Dafür sagen wir euch "DANKE" und gratulieren recht herzlich!





Staatsmeister im Straßenradmarathon

Der Polizist Christoph Mick von der Polizeiinspektion Sonnenallee in Wien-Donaustadt wurde am 4. Juni 2017 in St. Pölten österreichischer Meister im Straßenradmarathon.

Der Wiener Polizist Christoph Mick erreichte bei den österreichischen Meisterschaften am 4. Juni 2017 in St. Pölten in Niederösterreich den ersten Platz und wurde Staatsmeister im Straßenradmarathon. Er setzte sich auf dem 158 Kilometer langen Kurs mit fünf Steigungen gegen 250 Starter durch.

Christoph Mick arbeitet in der Polizeiinspektion Sonnenallee in Wien-Donaustadt. Seit 1. Juli 2015 gehört er dem Leistungskader des Bundesministeriums für Inneres an. Muck, ursprünglich ein Mountainbiker, betreibt seit 2003 intensiv den Radsport. Der vielfache Teilnehmer an Europa- und Weltmeisterschaften konnte insgesamt mehr als 200 Podestplätze im Radsport erreichen, unter anderem in den Disziplinen "Querfeldein", "Hillclimb" und "Cross Countrv"

Der Titel von Christoph Mick zeigt die derzeitige Stärke des BMI-Radkaders; nach dem Staatsmeistertitel im Straßenrennen 2016 von Christina Perchtold (LPD Niederösterreich), dem österreichischen Meistertitel der Amateure im Querfeldein 2017 durch Thomas Mair (LPD Oberösterreich), und dem österreichischen Meistertitel der Amateure im Kriterium 2017 von Peter Pichler (LPD Oberösterreich).



Polizisten gewinnen Meistertitel im Rettungsschwimmen

pie Schwimmer der Polizei gewannen bei der österreichischen Meisterschaft im Rettungsschwimmen vom 14. bis 16. Juli 2017 in Salzburg und Seekirchen am Wallersee sowohl den Einzel- als auch den Mannschaftsbewerb.

Bereits zum 42. Mal fanden die österreichischen Meisterschaften im Rettungsschwimmen vom 14. bis 16. Juli 2017 in Salzburg und Seekirchen am Wallersee statt. Lucas Schentz (BMI) gewann die Gesamt-Einzelwertung vor Alan Jacq von der Polizeiinspektion(PI) Hohenems in Vorarlberg und Michael Gruszka von der PI Bahnhof in Tirol. Schentz schwamm dabei im Bewerb "100 Meter Puppenretten mit Flossen" mit



57,5 Sekunden einen neuen österreichischen Rekord. Die Gesamt-Mannschaftswer-

tung ging ebenfalls an die Schwimmer der Polizei (Lucas Schentz, Michael Gruszka, Alan Jacq und Thomas Abel vom BMI).

Meidlinger Fußballturnier 2017

m 29. Juni fand das 21. MFT in der Oswaldgasse am Platz der Wiener Viktoria statt. Die Turnierleiter Daurer Herbert, Kohaut Wolfgang und Gaderer Sandra koordinierten den geregelten Ablauf der Veranstaltung. Unsere altbewährten Schiedsrichter Schwarz Peter und Pippersteiner Michael sorgten für faire Spiele. Es kam lediglich zu einem Platzverweis.

Nach spannenden Spielen kam es zu folgendem Endergebnis:

1. Platz Bereitschaftseinheit

2. Platz PI Hohenbergstraße

3. Platz WEGA

4. Platz EGS-Wien

5. Platz PI Lainzer Straße

6. Platz PI Arndtstraße

Mit elf Toren wurde Koll. Steininger Stefan (PI Lainzer Straße) Torschützenkönig, wir gratulieren!



Der Torschützenkönig mit FA-Vors. Harald Segall

Bei der anschließenden Siegerehrung wurden die Pokale von SPK-Kdt. Oberst Hölscher, SPK-Kdt.-Stv. Major Faustamnn, Obstlt Lischka, Oberst Albrecht, FA- und FSG- Vorsitzenden Segall, Komm.-Rat Beranek (Fa. ERGE-Installationen) und Stipsits Andreas (VLS Versicherungen) und dem Team des GBA den Kapitänen der Mannschaften sowie dem Torschüt-



Die Siegermannschaft

WEGA-Chef Albrecht, DA-Vors. Strallhofer, PG-Vors.-Stv. Greylinger

zenkönig übergeben. Der Vorsitzende-Stellvertreter der Polizeigewerkschaft und des Zentrallausschusses, Koll. Hermann Greylinger sowie Oberst a.D. Rudolf Schreiner waren ebenfalls Gäste unserer Veranstaltung, konnten jedoch leider nicht bis zur Siegerehrung bleiben.

Mit Grillkoteletts und Bratwürstel versorgte uns Edelmaier Franz mit Gattin Manuela und Tochter Nicole. DJ Gruber Joachim und Kollege Flucher Markus sorgten für die musikalische Untermalung sowie das technische Equipment.

Die Gäste wurden von unseren Bardamen Gaderer Sandra, Schmidt Katharina, Regatschnig Jaqueline, Kliment Marina, Shala Isabella und Sklensky Nadja mit kalten Getränken versorgt. Ein großer Dank auch an Kollegen Kosch Manuel, der für die Organisation verantwortlich zeigte. In diesem Sinne ein Dank an alle Helfer des GBA Meidling sowie an die weiteren Sponsoren - Grasl Getränke, Spenglerei Bräuer und Seeba-





Die charmante Barbesetzung

Schiefer Installationen. Es war wieder eine tolle Veranstaltung, der Reingewinn der Veranstaltung kommt den Kol-

cher, KFZ Hammerschmid und

leginnen und Kollegen unseres SPK zu Gute.

Pensionsberechnung für Polizeibeamte

Neugierig, wieviel Netto-Pension Sie am Ende Ihrer Dienstzeit mit in den wohlverdienten Ruhestand nehmen? Dafür benötigen wir folgende Unterlagen bzw. Daten von Ihnen: Füllen Sie bitte nebenstehdes Formular aus, fügen sie bitte einen Bezugszettel vom Jänner oder vom Juli bei und senden Sie diese Unterlagen an:

KLUB der EXEKUTIVE,

Kennwort: Pensionsservice, Schlickplatz 6, 1090 Wien oder senden Sie uns ein Fax unter 01/31310 9617 09 oder ein E-Mail an info@polizeigewerkschaft-fsg.at

Sie erhalten umgehend von uns eine Aufstellung, mit wieviel Netto-Pension Sie in Ihrem Ruhestand rechnen können.

Persönliche Daten		
Name:		
Geb.Datum:		Mitglied: ☐ GÖD ☐
Tel.Nr.:		Dienststelle:
Anschrift:		e-mail:
Beabsichtigten Pensionsantritt ankreuzen		Jahr / Monat / Tag
☐ Pensionsantritt am:		
☐ Pensionsantritt ohne Abschlag (Dienstu	unfall) gemäß § 5/4 PG am:	
Allgemeine Angaben		
lleinverdiener: 🗖 JA 📮 NEIN Anzahl der Kinder mit Familienbeihilfe:		
Ruhegenußfähige Gesamtdienstzeit (in Ja	hren/Monaten):	Jahr / Monat / Tag
Beginn Dienstverhältnis:		
Vordienstzeiten (alle anrechenbaren Zeite	n/Bedingt u. unbedingt):	
Laut Bescheid:		
Bedingte Vordienstzeiten:		
Berechnungsgrundlage		
Besoldungsrechtliche Stellung (derzeit):		
Verwendungsgruppe:	Gehaltsstufe:	FuGruppe:
FuStufe:	Nächste Vorrückung	g am:
Daten aus: Beitragsgrundla	genblatt (Jahresbezugszet	tel Vorjahr inkl. Beiblätter)
Exekutiverschwernisgesetz:	Dauer exek. Außendienst (§83a GG) in Jahren:	
Nebengebührenwerte:		
vor dem 1.1.2000:	ab dem 1.1.2000:	
Pensionskonto (für alle ab dem 01.	01.1955 geborenen)	
Gesamtgutschrift		
itte alle weißen Felder ausfüllen und alle	Da alaka alia a mili wasani	

Bitte Formular vollständig ausfüllen – bei fehlenden Daten kann keine Berechnung erfolgen – und an die Adresse BMI-ZA-FSG-Polizei@bmi.gv.at mailen. Wegen des großen Anfalles an Pensionsberechnungen können nur jene KollegInnen berechnet werden, die tatsächlich (real od. krankheitshalber) beabsichtigen in den Ruhestand zu treten!





Exklusiv für alle Mitglieder des Klubs der Exekutive:



LOYAL Z EGAL

Die besten Angebote für treue Kunden. Nicht nur für neue.

Servicepauschale € 22 jährlich. Zzgl. Urheberrechtsabgabe (URA) € 3. Member Bonus: -20 % Rabatt auf die reguläre Grundgebühr des jeweiligen Tarifs für 24 Monate und keine Aktivierungs kosten. Angebot gülitig bis 28,9.2017 bei Erstanmeldung oder Vertragsverlängerung (VVL Berechtigung vorausgesetzt) und 24 Monaten MVD. Nach Ablauf der MVD erhöht sich die monatliche Grundgebühr um € 3. Huawei P10: 0 % Finanzierung (0 % Sollzinsen, 0 % Effektivzinsen), Gesamtkaufpreis € 144. Preise und Details auf t-mobile.at